

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 nellen oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1008.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 28. Februar 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

### Ein Beutezug des englischen Kapitals.

In unseren bürgerlichen Zeitungen sind dieser Tage große Annoncen in englischer Sprache erschienen, in denen das Publikum zur Erwerbung von Aktien à 1 Pfund, gleich 20 M. einer mit 320 000 Pfund, gleich 6 400 000 M. gegründeten Aktiengesellschaft aufgefordert wird.

Die Aktiengesellschaft trägt den stolzen Namen „Kernst Elektrik Light, Limited“; ihr Zweck besteht in der Verwertung des Kernst'schen Glühlichtes, über das in den Tages- und den Fachzeitschriften so viel Ueberschwengliches gesagt worden ist, daß sich in allen Kreisen der Bevölkerung Käufer in Massen finden werden, die 20 oder mehr Mark zur Erwerbung von Kernst'sches, die heute schon 200 pCt. stehen sollen, mit Vergnügen . . . zum Fenster hinauswerfen werden.

Sehen wir uns diese Sache, die eine vor den Augen der Polizei geschehende Ausraubung der kleinen und mittleren Leute darstellt, einmal etwas näher an. Sie hat ein weit über den einzelnen Fall hinausgehendes allgemeines Interesse.

Das Kernst'sche Glühlicht ist fraglos eine außerordentlich bedeutsame Erfindung auf dem Gebiete der Elektrotechnik, denn dasselbe bringt den Preis des elektrischen Lichtes auf den Preis des Gasglühlichtes herab; oder sagen wir vorsichtiger: wird den Preis auf dieses Niveau herabdrücken, wenn es erst einmal gelungen sein wird, das Kernst'sche Prinzip in die Praxis des täglichen Gebrauchs überzuführen. Bis zur Stunde ist das noch nicht geglückt, und es hat infolge dessen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die Besitzerin der Kernst'schen Erfindungsrechte fast auf dem ganzen Kontinente, das Kernst'sche Glühlicht bisher weder auf den Markt gebracht, noch auch die mit diesem Lichte in der Öffentlichkeit gemachte Bekanntheit zu Börsenspekulationen im eigenen Interesse auszunützen versucht. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ist allerdings, und zwar mit vollem Rechte, enthusiastisch für das Kernst'sche Licht eingenommen, aber sie hat trotzdem für dasselbe einen nur sehr bescheidenen Betrag (wir hörten von einer Seite 35 000, von einer anderen Seite 60 000 M.) ausgegeben. Wesentlich höhere Beträge sind von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft bisher, leider vergeblich, ausgegeben worden, um das Kernst'sche Licht aus dem Stadium des Laboratoriumsversuches herauszubringen.

In den deutschen Börsen war deshalb f. B. sogar eine gewisse Depression in Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschafts-Berthen eingetreten, weil diese den Börsenleuten nicht den Gefallen thun will, mit einer unfertigen Sache an die Öffentlichkeit zu treten.

Anders denken die smarten Engländer. Hat da eine Bankgruppe die Kernst'schen Erfindungsrechte für eine Reihe von exotischen Staaten erworben. Patente sind hier bereits erteilt worden in Argentinien, der Kap-Kolonie, Ägypten, Neu-Seeland, Neu-Süd-Wales, Süd-Australien, Venezuela, Victoria, also, wie man sieht, in Kulturländern allerersten Ranges und von höchster industrieller Bedeutung! In ähnlichen Kulturstaaten: auf den Fidji-Inseln, in Tibet, Samoa u. c. sind zwar Patente noch nicht erlangt worden, aber die neue Kernst-Gesellschaft hat dort das Recht der unbefchränkten Ausbeutung des neuen Glühlichtes, und wie wir aus sicherer Quelle in Erfahrung gebracht haben, soll Vandoz mit der Mission betraut worden sein, bei dem Dalai-Lama wegen der Einführung des Kernst'schen Glühlichtes in den Himalaya-Gebirgsländern vorstellig zu werden.

Aber Scherz bei Seite! Die Rechte, die die englische Gesellschaft gutgläubigen Käufern offerirt, und zwar für den horrenden Preis von 6,4 Millionen Mark offerirt, sind so gut wie wertlos, denn so lange in den industriellen Kulturländern, wo bereits in gewissem Umfange elektrische Anlagen vorhanden sind, noch nicht das Kernst'sche Licht allgemein benutzt wird, so lange hat es natürlich in denjenigen, fern von der Kultur abliegenden Ländern, die nur wenige oder gar keine elektrischen Anlagen besitzen, gar keine, oder wenigstens nur untergeordnete Bedeutung.

Für ganz Europa, mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn, Italien und die Balkan-Staaten, aber einschließlich Großbritannien hat die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft die Kernst'schen Rechte für, sagen wir 60 000 M. erworben, in den Vereinigten Staaten sind von der Westinghouse-Gesellschaft nach unserer Information 600 000 M. gezahlt worden; für die ganze Kulturwelt also noch nicht eine Million. Für die übrige Welt, wo ein relativ größerer Bedarf nach ebendarem Menschenfleisch als nach elektrischem Lichte vorliegt, aber sollen die gutmütigen Schafe 6,4 Millionen Mark bezahlen! Das genügt vollständig, um die Strupplosigkeit dieses Beutezuges zu illustrieren!

Aber der Gründerprospekt in englischer Sprache ist noch weit offener, er giebt mit nicht zu übertreffender Dreistigkeit an, wie viel zum Mindesten in die Taschen der englischen Share-Brokers fließen soll.

180 000 Pfund, gleich 3,6 Millionen Mark fallen als Gründergewinn der einführenden Gesellschaft zu, 50 000 Pfund werden angeblich als Betriebskapital erforderlich sein, sind zusammen 3,7 Millionen Mark; der Rest der Gründungssumme, also insgesamt 2,7 Millionen Mark, stehen in die Taschen der Emissionsbanken. Da die Aktien aber bereits heute mit 100 pCt. Aufschlag gehandelt werden, so sollen die Schäflein, die Aktien kaufen, insgesamt um 12 Millionen Mark, denen nur etwa 100 000 M. Betriebskapital gegenübersteht, geschoren werden. Daß diese 100 000 M.

Betriebskapital bald durch die Annoncenkosten aufgezehrt sein werden, wenn in derselben Weise die Annoncen zum Fange von Dummen ausgeworfen werden, wie bisher, bedarf kaum noch des Beweises. Dann kann ruhig der Krach erfolgen; denn was haben die Share-Brokers noch für ein Interesse an den bunten Kernst-Papierchen, wenn sie dafür die schönen blanken Zwanzigmarkstücke des Publikums eingetauscht haben.

Obwohl die ganze Sache so außerordentlich durchsichtig ist, daß nur ein Löpsel darauf hineinfallen kann, so hat von den uns zu Gesicht gekommenen bürgerlichen Blättern einzig die „Frankfurter Zeitung“ den Muth gehabt, das blutige Bank-Manöver zu kritisieren. Die übrige Presse schweigt sich aus, weil ihr mit den ganzseitigen Annoncen der Mund gestopft worden ist.

Es würde schade um die schöne Druderschwarze sein, dieser Gründung und diesem Verhalten der bürgerlichen Presse noch ein weiteres Wort der Kritik zu widmen!

### Stumm's Antwort.

Die Stumm'schen Briefe, die wir in der Sonntags-Nummer veröffentlichten, werden in der „Post“ zwar nicht wiedergegeben, aber heftig gewürdigt. Stumm wird von der „Post“ und die „Post“ von Stumm mit großem Eifer verleugnet. Beide Theile wollen offenbar nicht „Unter den Linden“ zusammen angetroffen werden, erst wenn Herr v. Stumm mit dem schönen Kind zu Hause ist, findet sich Alles — nur kein Geld, denn Stumm opfert der „Post“ keinen Pfennig.

Die „Post“ schreibt:  
 Neueste mißlungene Sensation des „Vorwärts“ durch Enthüllung von „Geheim-Papieren“.

Mit großem Aplomb veröffentlicht der „Vorwärts“, der ja immer ganz besonders stolz ist, wenn er durch Diebstahl oder auf andere unehrliche Weise in den Besitz geheimer Aktenstücke oder Briefe gelangt ist, in seiner gestrigen Nummer eine Anzahl Briefe, welche der Vorsitzende des Aufsichtsrathes der „Post“, Herr Freiherr v. Stumm, in der Fink'schen Angelegenheit seinerzeit an unseren Chefredakteur gerichtet hat. Wir betonen zunächst, daß auch hier der Feil auf den Schützen zurückfällt. Wir haben nicht im mindesten die Veröffentlichung dieser Privatbriefe zu bedauern, da nicht ein Wort darin enthalten ist, das wir zu verheimlichen Ursache hätten. Unberührt hiervon bleibt die moralische Seite der jüngsten That des „Vorwärts“, der natürlich wieder nur auf Bege, die das Licht zu scheuen haben, in den Besitz der vermeintlichen Beweisstücke gelangt sein kann.

Die Veröffentlichung der Briefe beweist das Gegentheil von dem, was durch sie bewiesen werden soll, sie zeigt, daß Herr Freiherr v. Stumm in der Fink'schen Angelegenheit von Anfang an eine durchaus korrekte Haltung eingenommen hat. Aus den Briefen geht lediglih hervor, daß Freiherr von Stumm die Wahrheitsliebe Fink's angezweifelt hat, die angeblich von Fink verübten Fälschungen hat er aber nicht zugegeben, und hierfür liegen die Schuldbeispiele auch heute noch nicht vor. Für den Chefredakteur der „Post“, der in Bezug auf Anstellung und Entlassung des Redaktionspersonals vollständig freie Hand hat, lag es nahe, daß er in diesem Aufsehen erregenden Falle, ehe er Fink entließ, zunächst die Ansicht des Vorsitzenden des Aufsichtsrathes einholte, zumal dieser bereits persönlich in dieser Angelegenheit im Reichstag das Wort ergriffen hatte. Wenn Freiherr v. Stumm in seiner Antwort betont hat, daß die „Post“ ihren Schild rein halten müsse, und daß deshalb seiner Ansicht nach Fink wohl kaum dauernd in den Diensten der „Post“ bleiben könne, so zeigt diese Antwort, welche vollkommen mit den Ansichten des verantwortlichen Leiters der „Post“ und der übrigen Redaktionsmitglieder übereinstimmt, welche strengen Anforderungen die „Post“ an die Ehrenhaftigkeit ihrer Mitarbeiter stellt, sie beweist aber noch nicht, daß die „Post“ Fink in allen Punkten der ihm vorgeworfenen Vergehen für überführt erachtet. Wenn also Herr v. Stumm in der von Fink gegen ihn angestregten Klage Herrn v. Stumm als Belastungszeugen glaubt anrufen zu können, so dürfte er hiermit wenig Glück haben.

Ebenso haltlos, wie die Schlussfolgerungen, welche der „Vorwärts“ aus den oben erwähnten Briefen zieht, sind seine weiteren Bemerkungen über die angebliche Entlassung eines Redakteurs, die infolge eines in unserer „Revue der Presse“ erschienenen Artikels erfolgt sein soll. In diesem Artikel war der national-soziale Schriftsteller Max Lorenz mit dem antisozialistischen früheren Kieler Westarbeiter Lorenzen verwechselt worden. Dieser Irrthum ist aber nicht der „Post“, sondern der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zuzuschreiben, aus welcher jener Artikel in die „Revue der „Post““ übernommen wurde. Es ist unwar, daß der betr. Redakteur infolge dieses Verwechslens entlassen worden ist, derselbe gehört noch heute der Redaktion der „Post“ als Mitglied an. Von „Terrorismus“ kann hier also nicht im entferntesten die Rede sein. Herr von Stumm hat in seinem Briefe nur bemerkt, es erscheine ihm dringend geboten, daß ein Mitarbeiter der „Post“, der der Richtung der freikonservativen Partei widerspreche, nicht länger auf seinem Posten bleibe. Eine direkte Aufforderung, den betreffenden zu entlassen, ist in diesen Worten nicht enthalten, sie würde aber, wenn die Annahme des Freiherrn von Stumm nicht eine irrtümliche gewesen wäre, durchaus berechtigt gewesen sein, da keine Partei zugeben wird, daß in ihrem Organ Tendenzen verfohlgt werden, welche denen der Partei widersprechen; einen solchen Widerspruch würde die sozialdemokratische Partei am allerwenigsten in ihren Organen dulden. Herr von Stumm hat erst jüngst im Reichstage erklärt, daß er weder Artikel für die „Post“ schreibt, noch solche vor ihrem Abdruck revidirt. Wir können auch uninteressant nur konstatieren, daß Herr Freiherr v. Stumm stets den Grundsat befolgt hat, die Führung der inneren Redaktionsgeschäfte voll und ganz dem verantwortlichen Leiter der „Post“ zu überlassen. Angesichts dieser Sachlage

ist es geradezu lächerlich, wenn der „Vorwärts“ Herrn v. Stumm als den Chefredakteur der „Post“ bezeichnet, indessen ist man solche Lächerlichkeiten ja bei dem „Vorwärts“, der deshalb überhaupt kaum noch exist genommen wird, gewohnt.

Nebrigens sind die Briefe nicht korrekt wiedergegeben. Nach dem „Vorwärts“ soll Herr v. Stumm unter Anderem geschrieben haben: „Bis zur völligen Klarstellung würde ich jedenfalls die Verbreitung der „Post“ bei hochgestellten Personen nicht empfehlen.“ Hier liegt eine Fälschung vor, es hieß in dem betreffenden Briefe: „würde ich jedenfalls die Vertretung der „Post“ durch Fink bei hochgestellten Personen nicht empfehlen.“ Unnötige Sorgen macht sich der „Vorwärts“ auch über die angeblichen schweren Geldopfer, die Herr v. Stumm für die „Post“ gebracht haben soll: bis jetzt hat Herr von Stumm keinen Pfennig für die „Post“ geopfert, ebenso wenig die übrigen Gesellschafter.

Der „Vorwärts“ hat offenbar geglaubt, seinen Lesern mit den besprochenen Briefen besondere Lederbissen zum Sonntag vorzulegen. Zur besonderen Würde derselben hat er es auch noch für angemessen erachtet, die sämtlichen Redakteure der „Post“ zu beschimpfen, worauf zu antworten wir unter unserer Würde halten. Die ganze Veröffentlichung des Blattes stellt sich bei näherer Betrachtung als ein neues Glied in der Kette von Täuschungs- und Verführung dar, die eine so traurige Spezialität der sozialistischen Presse geworden sind.

Da Herr v. Stumm erklärt, daß er für die „Post“ keine Artikel schreibt, so nehmen wir eher an, daß er die vorstehende Auslassung den auf ihre volle und ganze Unabhängigkeit stolzen Redakteuren der „Post“ diktiert hat. Hat er sie auch nicht diktiert, so stellt die Redaktion eine Art spiritistischen Phonographen dar, der schon exakt wiedergiebt, was Stumm in ihn hineinredet, ohne daß er es nötig hätte, in ihn hineinzu sprechen. Denn es ist die ganze Stumm'sche Logik in der wirren Auseinandersetzung. Außerdem funktioniert der Phonograph so merkwürdig genau, daß er sich an einer Stelle geradezu mit dem Hineindenker verwechselt. Da wird gesagt, daß in den Briefen kein Wort enthalten sei, „das wir zu verheimlichen Ursache hätten.“ Wer sind die „wir“? Der nächste Satz giebt die Aufklärung. Die Veröffentlichung beweise „im Gegentheil“, daß Freiherr v. Stumm korrekt verfahren ist. Die „wir“ haben sich also stillschweigend verstanden.

Da der Verfasser der „Post“-Auslassung die Briefe selbst nicht mittheilt, obwohl er sich ihrer nicht schämt, macht er es den Lesern allerdings unmöglich, sich ein Urtheil zu bilden. Wenn Herr v. Stumm wünscht, daß ihn seine — ganz unabhängigen — Mitarbeiter nicht belügen, so erachten wir dies als kein besonderes Ruhmeszeugniß. Jeder kapitalistische Feudalherr „verlangt“, daß ihm selbst gegenüber seine Leute die lauterste Wahrheit sprechen. Da er aber von ihnen zugleich fordert, daß sie in seinem Interesse gegen politische Gegner jede Unwahrheit, Verächtlichkeit, Unterdrückung verüben, so ist es eine allzu anspruchsvolle Annahme, kein löbliches Keimlingsbedürfnis, daß diese jenseitig unwarhaftigkeit gezwungenen Leute in dem einen Ausnahmefall durchaus nicht lügen sollen.

Besonders traurig finden wir es, daß sich die Hörigen der Stumm-Politik, die doch ihr Loos kennen, nun noch auf offenerm Markt hinstellen und ihre Freiheit betheuern müssen. Dagegen ist es erfreulich, daß der unselige Redakteur, der einen Max Lorenz zu loben wagte, schließlich zu weiterer Gast in der Redaktion der „Post“ allerhöchst begnadigt worden ist. Wir erfahren sogar, welcher Ausrede der Redakteur dies Glied verbannt. Er hat vorgeführt, daß er den national-sozialen Max Lorenz mit dem Stumm'schen Liebling, dem Westarbeiter Lorenzen verwechselt habe, und zwar soll diesen tollen „Irthum“ vor dem Post-Redakteur schon die Norddeutsche Allgemeine Zeitung begangen haben. In welches Paradies der Unschuld bliden wir da! Der Westarbeiter Lorenzen wird von einem ausgewachsenen politischen Redakteur für den Verfasser eines Artikels in den „Vereinsischen Jahrbüchern“ gehalten, und darum, nur darum wird der Artikel gelobt; denn Lorenzen ist Stumm's Mann, Lorenzen darf gerühmt werden. Stumm aber ist nicht scharsinnig genug, um gleich zu merken, daß sein Redakteur den Lorenzen zitiert zu haben glaubte; er hält den „Post“-Menschen für einen Begünstigten des national-sozialen, also grauenhaft umstürzlerischen Lorenzen. Eine Tragikomödie entsehnlichster Irrungen hebt an. Stumm müht, der Redakteur befindet sich im „Hängen“ — da kommt die erlösende Aufklärung. Nicht für den schlimmen Lorenz, sondern für seinen vergrößerten Namensvetter hat der Redakteur Propaganda zu treiben gewöhnt. Stumm's Herz wird weich, und der Chefredakteur der „Post“ hat wieder völlig freie Hand, den Gestrauchelten weiter im Solde zu behalten, der aus der vierten Dimension stammt, nicht etwa von den Gesellschaftern des „Post“-Unternehmens, obwohl man diesem seit Jahren eine finanzielle Todesmüdigkeit nachsagt.

Dankbar sind wir der „Post“ für die Korrektur eines von uns begangenen Lesefehlers — im „Post“-Jargon: Fälschung. Nicht die Verbreitung, sondern die Vertretung der „Post“ hat Stumm bei hochgestellten Personen nicht weiter empfehlen wollen. Diese richtige Lesart ist ja noch interessanter, als die ungerige.

Und damit überlassen wir die Redakteure der „Post“ ihrer Freiheit, Stumm'schen Geist — ohne Diktat oder Inspiration — täuschend ähnlich nachzuahmen, ohne daß Stumm einen Pfennig zu opfern braucht. Wir aber fügen in unsere Redaktionskette der Täuschungsversuche das neue Glied ein: Die „Post“ hat mit keinem Wort unsere Würdigung der Briefe Stumm's zu widerlegen vermocht.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

#### Der Reichstag

hat nie eine gemüthlichere, selten eine so gemüthliche Sitzung gehabt wie heute. Nicht ein zorniges, nicht ein erregtes, nicht einmal ein lautes Wort ist gefallen. Freilich die gemüthlichsten Menschen sind auch die langweiligsten, und die Langeweile gilt ungemüthlichen Menschen als eins mit Gemüthlichkeit. Es handelte sich um die elsäß-lothringischen Bahnen, und die elsäß-lothringischen

Abgeordneten sprachen von den elsaß-lothringischen Bahnen und die elsaß-lothringischen Abgeordneten sprachen vier Stunden lang — nachdem sie es am Sonnabend schon fünf Stunden lang gethan — von den elsaß-lothringischen Eisenbahnen und von nichts als den elsaß-lothringischen Eisenbahnen. Es war das ihre Rebanche. Die allgemeine Gemüthlichkeit steckte die Regierung an, und sogar unser Genosse W. u. b. der über die Behandlung der Eisenbahn-Arbeiter und Beamten recht ungemüthliche Dinge zu sagen hatte, fand unter dem Einfluß der allgemeinen Gemüthlichkeit bei dem Herrn Eisenbahnminister ein sehr gemüthliches Entgegenkommen.

Der Etatsmittel Pölle und Verbrauchssteuern, dessen Diskussion noch gegen Ende der Sitzung begann, wird voraussichtlich zu lebhaften Debatten Veranlassung geben. Die Agrarier wollen ihn zu einem Vorstoß benutzen. Heute eröffnete Graf Schwerin schon das Gesecht durch eine Plankete. Es ist merkwürdig, wie die Menschheit gleich werden, wenn das gleiche Interesse sie treibt. Ein Graf und ein Schacherjude sind, der gewöhnlichen Annahme nach, die zwei denkbar weitest von einander verschiedenen Menschengattungen. Und doch hätte der scharfsinnigste Schacherjude seinen Brott nicht scharfsinniger ausknüpfeln können, wie dieser Graf Schwerin und seine gleichwertigen Mitgrafen, Mitbarone u. s. w. Bei der Ausfuhr des Rechts wird angeblich zwischen den Qualitäten nicht genügend unterschieden, und der scharfsinnige Herr Graf meinte, die großen Mühlenbesitzer, denen Zoll zurückgezahlt werden muß, würden dadurch auf Kosten der Herren Agrarier begünstigt. Allen Respekt vor dem Scharf- und Schacherjude des Herrn Grafen. Morgen kommen die Kantig und Alindorström zum Wort — alles Grafen.

### Die Grubeninspektion vor dem preussischen Landtage.

Im Vordergrund der heute fortgesetzten Verathung des Etats der Berg-, Gärten- und Salinenverwaltung stand die Frage der Gruben-Inspektion. Anlaß dazu gab die Etatsforderung von 108 000 M. zur Erweiterung der Aufsichtsorganisation, die, wie es in den Erläuterungen zum Etat heißt, gegenüber den in den letzten Jahrzehnten gesteigerten Gefahren des Steinlohlenbergbaues ungewöhnlich erscheint. Die Regierung beabsichtigt deshalb, nach dem Vorbilde in anderen Vergabuländer den Revierbeamten in den Steinlohlenbezirken mehrere Aufsichtsbearbeiter beizugeben, welche fortgesetzt die Erkundung und Feststellung einzelner thatsächlicher Verhältnisse, insbesondere des Sicherheitszustandes der Gruben vornehmen und damit zugleich die Revierbeamten in ihrem verantwortungsvollen Amte wirksam unterstützen und entlasten sollen.

Hierzu hatte der Abg. Dr. Max Girsch den Antrag gestellt, neben den Revier-Aufsichtsbearbeitern Arbeitervertreter zur Verrichtung der Steinlohlengruben heranzuziehen. Dr. Girsch gehört zwar formell der freisinnigen Volkspartei an, thatsächlich jedoch steht er in Arbeiterfragen auf einem ganz anderen Standpunkt als die überwiegende Mehrheit seiner Parteifreunde, er ist neben dem Abg. Goldschmidt das einzige freisinnige Mitglied des Hauses, das wenigstens von dem ehrlichen Streben befeuert ist, die Lage der Arbeiter zu bessern, wenn auch der von ihm gewählte Weg sich längst als ungangbar bewiesen hat. Auch die Rede, mit der er heute seinen Antrag begründete, war von redlichem Streben für das Wohl der Arbeiter diktiert und das genügt, um ihn in den Augen fast aller nachfolgenden Redner als verdächtig erscheinen zu lassen. Dabei bezeugte sich der freisinnige Vertreter ausdrücklich als Gegner der Sozialdemokratie, ja er gelang sogar offen ein, daß er durch Anträge, wie der von ihm jetzt eingebrachte, die Macht der Sozialdemokratie zu brechen hoffe.

Aber was nützen alle noch so aufrichtig gemeinten Verheerungen gegenüber der von bloßer Furcht vor der Sozialdemokratie befallenen Mehrheit des Junterparlamentes? Wer für die Arbeiterklasse eintritt, der ist in den Augen dieser Gesellschaft ein Sozialdemokrat, mag er auch der Sozialdemokratie so feindlich gegenüberstehen, wie Dr. Girsch. Und so zog sich dann durch die lange Diskussion wie ein rother Faden die Angst vor der Sozialdemokratie. Nicht sachliche Gründe sind es, die die freikonservativen, konservativen und nationalliberalen Redner bewegen, gegen den Antrag Girsch zu sprechen, sondern einzig und allein die Furcht, daß die Schaffung einer wirklichen Arbeitervertretung zur Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie führen würde.

Wie sich die Junter die Grubeninspektion denken, das zeigt am besten die Rede des Abg. v. Bodelberg (L.), der die Aufsichtsbeamten mit dem charakteristischen und das Wesen der neuesten „Sozialreform“ der Regierung bezeichnenden Namen „Gewerkschaften unter der Erde“ bezeichnete und für diesen geistreichen Ausdruck den lebhaftesten Beifall der Junterakademie erntete. Ebenso arbeitervindlich wie Herr v. Bodelberg, zeigte sich der Abg. J. H. v. (L.) und v. G. n. e. r. n. (nat.). Letzterer hat, wenn man eine Rede nach dem darin enthaltenen Inhalt beurtheilt, heute entschieden die Siegespalme errungen. Noch vor einem Jahre hat Herr v. G. n. e. r. n. angefangen, das entsetzliche Unglücksfallvermögen auf Karolinenplatz sich für Arbeiterdelegationen ausgedehnt, heute ist er dagegen. Und warum? Lediglich aus dem Grunde, weil die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl einen so beträchtlichen Stimmengewinn zu verzeichnen hat. Ein nettes Argument! Und ein netter „Vollvertreter“, der von Rahregeln, die im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter liegen, hauptsächlich deshalb abtrifft, weil er mit dem Ausgang der letzten Wahlen unzufrieden ist. Wenn Herr von G. n. e. r. n. bei dieser Gelegenheit auch den Professor Wagner wegen seiner bekannten Rede über den Unternehmerrückgang als sozialdemokratischen Agitator bezeichnet, so mag er das mit dem konservativen Rationalismonen selbst abmachen, wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, sondern nur für mildeere Umstände für Herrn v. G. n. e. r. n. plädieren, weil diese sinnlose Behauptung nicht sein eigenes Geistesprodukt ist, sondern das des Königs Stamm, der sich vor 1 1/2 Jahren im Herrenhause wörtlich so geäußert hat.

Etwas vorsichtiger, als die konservativen und nationalliberalen Redner drückte sich der Minister v. B. r. e. f. e. l. d. aus, der sich bemühte, seiner Arbeiterfeindlichkeit ein arbeitervindliches Mäntelchen umzuhängen. Aber der Mantel war doch zu fadenförmig. Gründe gegen den Antrag Girsch konnte auch der Minister nicht anführen, im Gegentheil, die Erfahrungen seiner nach England gesandten Kommission sprechen für den Antrag. Offenbar handelte Herr v. B. r. e. f. e. l. d. nur unter dem Druck der Landtags-Mehrheit, wenn er sich „einwilligen“ nicht für den Antrag Girsch erklärte.

Wenn auch die Abgg. Dr. G. i. y. e. (Z.) und G. o. t. h. e. i. n. (fr. Bg.) sich für den Antrag ausdrücken, so ist sein Schicksal im Junter- und Repräsentanten-Vorstand doch schon entschieden, er wird morgen, wo die Verathung fortgesetzt wird, mit großer Mehrheit abgelehnt werden.

### Sächsishe Ehrlichkeit.

Die „Leipziger Zeitung“, das neben dem „Dresdener Journal“ begründete sächsische Regierungsblatt, sucht mit gleichem Geschick und gleicher Aufrichtigkeit wie die Dresdener Zwillingsschwester der Sozialdemokratie bei ihrer Kritik über die sächsische Justiz W. a. n. g. e. l. a. n. W. a. h. r. h. e. i. t. s. l. i. e. b. e. anzuhängen. Dieser Versuch war mißglückt, sobald er unternommen wurde. Aber um die Moral des sauberen Pleiße-Organs in der Fülle ihrer Reize zu begreifen, erinnere man sich eines Artikels dieses Blattes, der s. J. viel Aufsehen machte. Es handelte sich um eine außerordentliche Angelegenheit, um das preussische Schulgesetz des Grafen v. Hedlitz. Da zeigte sich der sächsische Ordnungsgeist freiest defolletirt. Da erklärte die „Leipziger Ztg.“ das Verfahren der preussischen Regierung als „zu ehrlich“

und stellte dagegen in folgender Art das Ideal einer guten, erfolgreichen Regierungspraxis auf:

„Der Redliche Volksaufseher hat einen großen Fehler: er ist zu ehrlich. Was andere Staaten kluglich der Verwaltungspraxis und einer bedürftigen Regelung überlassen, was auch in Preußen bisher zumeist auf diesem Wege gemacht wurde, formallert er auf's sorgfältigste und ausführlichste im Gehege selbst. Einem Gefesentwurf aber ist jenes stille Weisheitswort, dessen sich bloße Ausführungsbestimmungen, Regulative, Restripte und ministerielle Verordnungen in der Regel erfreuen, nicht beizulegen. Er muß vor das Parlament, muß erst Speikuhren laufen durch die Klätter, und dadurch erst erfährt der liberale Biedermann von dem Attentat, das man auf ihn vorhat.“

So zeigte die „Leipz. Ztg.“, „wie sehr sich die preussische Regierung die Arbeit erschwert habe“ und wie man unter Umgehung der Gesetze und ohne Befragung der Gesetzgebenden Körperschaften auf dem stillen Pfade der Verwaltungsbillür reaktionäres Anschläge gegen Recht und Freiheit des Volkes durchzuführen könne.

Wir wissen nicht, ob diese Methode, der die Devise voranleuchtet: „nur nicht zu ehrlich“ und die das sächsische Regierungsorgan den preussischen Nachbarn an's Herz legt, nach der Meinung der „Leipz. Ztg.“ bei der sächsische Regierungsmethode schon immer üblich gewesen ist. Doch war es auch nur ein Rathschlag des offiziellen Organs, dem nicht sächsische Verhältnisse zum Vorbild dienste, so zeigt er doch wunderbar, welche tief unethische Geist in maßgebenden politischen Kreisen Sachsens waltet.

Ein Blatt, das schamlos vor einem „zu ehrlich“ im politischen Leben warnt, hat jedes Recht verlornt, in Fragen der öffentlichen Moral mitzusprechen oder gar anderen Zeitungen ethische Vorlesungen zu halten. Dieses selbige Blatt steht aber nach wie vor im Dienste der sächsische Regierung.

### Der Jar.

Ueber den Selbstherrscher aller Reichen laufen Nachrichten ein, die das bestätigen, was wir gestern auf Grund einer Neuherung der Kopenhagener „Politiken“ mittheilten. Der „Voss. Ztg.“ wird — ebenfalls aus Kopenhagen — geschrieben:

„Der Umstand, daß Kaiser Nikolaus das Manifest, worin die neuen Bestimmungen für Rußland angeklündigt wurden, eigenhändig unterzeichnet hat, während die Befestigung, worin die Bestimmungen selbst enthalten sind, vom Großfürsten Michael unterzeichnet worden ist, giebt der Zeitung „Politiken“ Anlaß, die schon seit Monaten über die Gesundheitsverhältnisse des Kaisers gehenden Gerüchte zu erwähnen. Die Namensunterchriften, die der Kaiser unter die Erlasse setzt, bilden, wie „Politiken“ sagt, die einzige Regierungshandlung, die der Kaiser vornimmt. Alle Beschlüsse werden ohne Mitwirkung und Wissen des Kaisers gefaßt; Großfürst Michael, sein Onkel, habe die ganze ausübende Macht in seiner Hand. Dem Kaiser Nikolaus verleihe seine Krankheit jede geistige Verschärfung. Ueber die Krankheit, die nach dem Erlaß der Friedensbotschaft entstanden sei, wären zwei Redarten im Umlauf. Theils werde behauptet, der Kaiser sei langsam von einer Krankheit überwältigt worden, die ihn seit langem bedrohe, theils werde aus Petersburg berichtet, daß das langsame Fortschreiten dieser Krankheit und andere begleitende Umstände den Gedanken auf eine Ursache geleitet hätten, die ihren Ursprung außerhalb der Person des Kaisers habe und nicht zufällig, sondern im Gegentheil planmäßiger Natur wäre. Jedenfalls bedeutet es keine Ab schwächung dieser Gerüchte, daß Kaiser Nikolaus die russische Deputation, die in Sachen des Manifestes nach Petersburg gereist war, nicht empfangen hat.“

### Deutsches Reich.

#### Vorspann.

Die „Freis. Ztg.“ meldet: Der Reichskanzler hat in der Audienz beim Kaiser am Mittwoch die Bestätigung des Bürgermeisters Reichner zur Sprache gebracht und dadurch bekundet, daß die Autorität des Ministers Frhrn. v. B. R. e. s. e. nicht ausreichend ist, um die Ansicht des Staatsministeriums, welches bekanntlich die Bestätigung bewilligt, entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Dieser hat Frhr. v. B. R. e. s. e. die Verantwortung für die lange oberbürgermeisterlose Zeit auf seiner Heidenhülter getragen. Doch nun scheint ihm die Bürde zu schwer geworden zu sein und da er sie nicht länger tragen kann, hat er sich Vorpannhilfe erbitten. Der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident erscheint auf der Bildfläche. Wir werden bald sehen, ob so das schwere Werk gelingt oder ob auch die Autorität des Kanzlers nicht ausreichend ist, um der Landeshauptstadt bald ein Oberhaupt zu geben.

Der Brief des Reichskanzlers. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ theilen über den während der vorjährigen Wahlbewegung bekannt gewordenen Brief des Reichskanzlers an den Abg. Fringen zu Schönaich-Carolath mit, daß der Brief niemals vollständig veröffentlicht worden sei, obwohl der Reichskanzler die Ermächtigung zur Veröffentlichung gegeben habe. Das genannte Blatt, das den Brief vollständig kennen muß, fügt dann hinzu:

„Es bietet sich aber vielleicht doch noch einmal Gelegenheit, diesen Brief im Wortlaut kennen zu lernen; er dürfte dann zeigen, daß erstens der Reichskanzler die einseitigen agrarischen Tendenzen der Konservativen nicht theilt, und zweitens, daß selbst das Wort des Reichskanzlers ohnmächtig ist gegenüber den Einflüssen der preussischen Landräthe auf die Wahlbewegung und ohnmächtig auch gegenüber dem sie stützenden preussischen Minister des Innern.“

Wiel Neues wird hier über die Wahl- resp. Ohnmachtstellung des Reichskanzlers nicht mitgetheilt. Daß die „einseitigen agrarischen Tendenzen“ im Deutschen Reich die oberste Instanz bilden, hat ja der verstorbene zweite Reichskanzler Caprivi sehr deutlich zu merken bekommen, und dem Onkel Chlodwig wird es auch wohl mittlerweile beigebracht worden sein.

Gegen den Entwurf des Fleischschau-Gesetzes macht die agrarische Presse energisch mobil. Die Bestimmungen gegen die Einfuhr ausländischen Fleisches gehen ihr nicht weit genug. Und in ihrer bekannten Rancore und um vor allem den agrarischen Landwirtschaftsminister rein zu waschen, hatte die „Deutsche Tagesztg.“ die Schuld auf das Auswärtige Amt geschoben und geschrieben:

„Daß die Bestimmungen über die Einfuhr ausländischen Fleisches den Anschauungen des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern oder gar denen des preussischen Landwirtschaftsministers entsprechen sollten, ist nicht anzunehmen. Sie sind jedenfalls durch das Auswärtige Amt hineingebracht worden.“

Hierzu ist nun jedoch in den Redaktionen des „Reichs-Anzeigers“ und der „Nordd. Allg. Ztg.“ von der Regierung das Folgende eingetroffen:

„Gegenüber dieser völlig willkürlichen Bemessung des Antheils einzelner Ressorts an dem Gefesentwurf ist hervorzuheben, daß wie der gesammte Inhalt des Entwurfs so insbesondere auch die Bestimmungen über die Einfuhr ausländischen Fleisches auf einmütigen Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums beruhen.“

Vermuthlich wird der Landwirtschafts-Minister Herr v. Hammerstein in einer seiner nächsten Reden ausführen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ eigentlich ganz recht gehabt habe. Und dann werden die Ministerkollegen dafür sorgen, daß diese Ausführungen aus dem amtlichen Stenogramm wieder hinausgerichtet werden.

Geschichtsfälschung. Die Bismard wider seinen Willen im Jahre 1860 seinen Abschied erhielt ist seit jener Zeit aller Welt bekannt. Die Einzelheiten bei jenem Vorkommniß sind durch Bismard's Entlassungen bekannt geworden und sie bestätigen nur, mit welcher Hartnäckigkeit er an seiner Stellung hing und wie er niemals seine Verabschiedung wider Willen dem Kaiser verzieh. Das alles hindert aber nicht, daß in dem bei Velhagen und Klasing, Welefeld-Verlag 1895 erschienenen Lesebuch für die Oberstufe evangelischer Volksschulen im Regierungsbezirk Arnberg der Vorgang in irreführender Weise dargestellt wird. In diesem Buche heißt es auf Seite 486:

„Doch mußte der Kaiser Wilhelm II. dem wiederholten Drängen des Fürsten ... endlich nachgeben und ihm ... den erbetenen Abschied bewilligen.“

Ist das nicht ein netter Geschichtsunterricht, in dem so mit den Thatfachen umgesprungen wird? Rebalteur des betreffenden Schulbuches soll der Schulrath Niemenschneider in Arnberg sein.

250 000 Mark sind dem Kaiser zu einem von ihm zu bestimmenden „gemeinnützigen Zwecke“ von einer Abordnung der Kaufmanns- und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft überreicht worden. Der Kaiser hat diese Widmung angenommen und dabei den „Berl. Neuesten Nachrichten“ zufolge geäußert, daß er sie vornehmlich zu den Zwecken des preussischen Reichs-Marine-Museums zu verwenden gedenke.

Die „Post-Gesellschaft“, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, besteht aus folgenden Personen, in denen wir als die Hauptcharakterzüge zu begrüßen haben: Freiherr von Galdorf (Brödel, Bez. Potsdam), Freiherr von Hassenhausen (Hagen, Weimar, Bez. Reife), Fürst von Gassefeld (Trautenberg, Oberpräsident der Provinz Schlesien (Groschau), Freiherr v. Uelshusen (Waldhausen, Hgl. Staatsminister (Klein-Waldhausen), Graf von Wallhausen (Gressen, Hgl. Staatsminister), Legationsrath von Krenmann (Gersbald), Fürst von Hies (Hies, Ober-Schlesien), Herzog von Ratibor (Ratibor bei Ratibor), Konsul Stengel (Stahfurt), Fürst zu Stolberg-Bernigerode (Bernigerode), Freiherr von Stumm-Halberg (Halberg bei Webach), Freiherr von Hedlitz-Neutrich, Geh. Ober-Reg.-Rath (Berlin).

Die reichsten Leute des Deutschen Reiches also sind die glücklichen Inhaber der „Post“, die keinen Pfennig für „ihre“ Unternehmung zu opfern brauchen, und das gleichwohl ihren Geist freiwillig und unabhängig atmet. Die vornehmste Gesellschaft hinter dem Staat und die brutalste Ansehung in dem Staat — wem's großes Seelengemüthe bietet sich und dar, wenn wir die Menschen nach der geistigen Höhe beurtheilen, die ihnen befehlt.

Auf dem Jubel befindet sich zur Zeit der demokratische Kommandant Friedrich Spielhagen. Bei der Feier seines sechzigsten Geburtstages war der Kultusminister Voss nicht zugegen. Vor zehn Jahren betonte sein Vorgänger im Ministerium von Geistesfreiheit, Herr von Goltz, seine gläubige Bewunderung für den Dichter. — Herr Voss schämt sich durchaus an gemeinen ein, wenn er sich bei dieser Ehrung überflüssig erachtet. Der Weltkram macht erfindungsvoll Halt an der Schwelle des preussischen geistigen Kultusministeriums.

Disziplin muß sein! Die Einleitung der Disziplinär-Untersuchung wird der „Frankf. Ztg.“ zufolge vom Kultusminister gegen Dr. Heinrich Schröder in Kiel wegen seiner Schrift „Der höhere Lehrstand in Preußen, seine Arbeit und sein Lohn“ beabsichtigt. Dr. Schröder ist Lehrer an der Pädagogischen Hochschule in Kiel. — Am Ende hat Herr Schröder sich erdreistet, die Wahrheit zu sagen, ohne erst von Voss die richtige Form zu beziehen.

Galizische Landarbeiter in der Provinz Brandenburg. Der Vorstand der brandenburgischen Landwirtschaftskammer macht bekannt, daß der Central-Arbeitsnachweis der Kammer galizische Sommerarbeiter in jeder Zahl zu stellen in der Lage ist. Diese Arbeiter erhalten Monatslöhne und zwar der Mann 18 M., die Frau 15,50 M. und außerdem Naturalien im Werthe von 40 Pf. täglich. Nach Zusammenrechnung der Vorkosten mit dem geschätzten Werth der Naturalien sowie der ganzen Unkosten für die Anwerbung und der freien Hin- und Rückreise stellen sich bei achtmonatlicher Arbeitszeit der Mann auf 1,32 M., die Frau auf 1,20 M. pro Arbeitstag.

Allo inklusive Lohn, Kost und Hin- und Rückbeförderung kostet der Mann 1 Mark 32 Pfennig und die Frau 1 Mark 26 Pfennig den Tag. Bei solcher Schundbezahlung ist es ja erklärlich, daß die Herren Großgrundbesitzer den Patriotismus an den Nagel hängen und galizische Polen importieren. Und bei solcher Schundbezahlung ist es auch erklärlich, warum den Großgrundbesitzern die deutschen Arbeiter davonlaufen.

Reichstags-Ergebnisse. Bei der am Sonnabend stattgehabten Reichstags-Ergebnisse für den Wahlkreis Bernkastel-Wittlich wurde Bürgermeister Viesendorf (Z.) mit über 6000 Stimmen gegen Professor Müller (Z.) gewählt, welcher rund 4000 Stimmen erhielt.

München, 27. Februar. Die Kammer nahm heute mit 110 gegen 8 Stimmen den Artikel des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes an, durch welchen für Waarenhäuser, Großbazare und dergl. eine Umsatzsteuer von 1/2 bis 8 pCt. vom Umsatz festgesetzt wird.

Aus Kantschen wird berichtet: Mit Eintritt der kühlen Jahreszeit hat sich der Gesundheitszustand in Kantschen ganz erheblich gebessert. Die während der Sommermonate durch das Klima hervorgerufenen Krankheiten des Darmes und die Malaria sind fast ganz verschwunden. Im Monat Dezember kamen von diesen Krankheitsarten nur noch 8 bezw. 5 Fälle vor, die sämmtlich einen gutartigen leichten Verlauf nahmen.

Öffentlich ist das keine offizielle Schönmalerei.

### Ein „Assessor-Paragraf“ für die preussische Bergbau-Verwaltung.

Wie erinnerlich, bemühte sich die preussische Regierung im Jahre 1896 den bekannten „Assessor-Paragrafen“ im Landtage durchzudrücken, um durch denselben die Answahl und Anstellung der Richter allein von dem unverantwortlichen Erbesien der Justizbehörden abhängig zu machen. Dieser Versuch scheiterte an dem Widerstande des Landtages, welcher dieser weiteren Vereinträchtigung der „Unabhängigkeit des Richterstandes“ seine Zustimmung verweigerte. In einem konstitutionellen Staate würde eine derartige energische Ablehnung seitens der Volksvertretung für die Regierung auch auf anderen Gebieten maßgebend sein. In Preußen natürlich nicht! Und so kam es uns nicht wundern, daß der preussische Handelsminister es für gut befunden hat, nach seiner unzweideutigen Stellungnahme des Landtages einen „Assessor-Paragrafen“ für seine Bergbauverwaltung einfach auf dem Wege der Ministerial-Verordnung einzuführen.

Früher hieß es nämlich in § 40 der „Vorschriften über die Befähigung zu den technischen Aemtern bei den Bergbehörden des Staates“ vom 12. September 1887: „Wer die Prüfung bestanden hat, wird von dem Minister der öffentlichen Arbeiten zum „Bergassessor“ ernannt.“

Dagegen heißt es nunmehr in den am 18. September 1897 von dem Minister für Handel und Gewerbe erlassenen: „Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Staatsdienst in der Berg-, Gärten- und Salinenverwaltung“ in § 40:

„Sofort Bedenken nicht vorliegen, wird der Berg-Referendar auf Grund der bestandenen Prüfung von dem Minister für Handel und Gewerbe zum „Berg-Assessor“ ernannt.“

Man ersieht hiermit, daß der Minister für Handel und Gewerbe zur Weiterhaltung seiner Beamtenliste einen Assessor-Paragrafen gar nicht braucht, sondern sich durch eine einfache Verordnung der Vorschriften selbst in die Lage setzt, Leute aus ihrer Karriere zu stoßen,

die bis zum Bestehen des Assessor-Etamens mindestens 8 Jahre auf dieselbe verwendet haben müssen. — Welcher Art solche ministerielle „Bedenken“ sind, haben ja die jüngsten Landtags-Verhandlungen über die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten wiederum zur Genüge erkennen lassen! —

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern verurteilte das Münchener Landgericht II den Sattlergehilfen Rudolf Gebhard zu 8 Monaten Gefängnis. Gebhard wurde von seinem Meister ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigung entlassen und als er beim Amtsgericht Erding eine Entschädigungsklage anhängig machte, wurde er von seinem noblen Arbeitgeber aus Rache wegen Beleidigung des Prinzregenten demüthigt.

### Ausland.

#### Frankreich.

Zur Weiterverfolgung der Drouot'schen Angelegenheit wird aus Paris berichtet, man glaube, die Untersuchung werde noch einige Tage dauern. Der „Matin“ sagt, die Hausdurchsuchungen bei der Patriotenliga bewiesen, daß das Vorgehen Drouot's ein vereinzelt und spontanes war und keine Verabredung bestand.

Mittlerweile sind auch in anderen antisemitischen und monarchischen Kreisen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Am Sonntag haben 17 Polizeikommissare den Auftrag erhalten, bei verschiedenen Personen Hausdurchsuchungen vorzunehmen, namentlich bei Guerin, dem Direktor des „Antisemit“, bei André, Buffet, Devaux, Robert de Chevilly, Comte Sabran, Pontevès, Georges, Thibaud, Moncourt, dem Sekretär des Herzogs von Orleans und bei Dubuc, dem Präsidenten der „Jeunesse antisémite“ und bei Anderen. In einem dem Befehl begleitenden vertraulichen Schreiben des Polizeipräsidenten wird gesagt, die Untersuchungen sollten sich speziell auf alle Dokumente erstrecken, welche über das Wesen und die politische Wirksamkeit der antisemitischen Liga und ihre Verbindungen mit den royalistischen und bonapartistischen Komitees und mit anderen Vereinigungen Aufklärung geben können.

Bei dem Sekretär des Herzogs von Orleans, Moncourt, wurde am Montag ein Koffer beschlagnahmt mit mehreren Briefen des Herzogs von Orleans an Pariser Persönlichkeiten. Die Beschlagnahme wird wahrscheinlich weitere Hausdurchsuchungen nach sich ziehen, die sich auf 15 bis 20 belaufen dürften. Unter dem Titel der Antisemitischen Konfiszuren Papieren befinden sich Briefe Esterhazy's und anderer Personen, in denen verschiedene Aktionspläne vorgezeichnet werden. —

#### England.

Ueber den neuen englisch-französischen Zwischenfall wird aus London geschrieben: Das energische Vorgehen Englands beim Sultan von Marasch ist, wie in diplomatischen Kreisen verlautet, darauf zurückzuführen, daß der seitens Frankreichs mit dem Sultan abgeschlossene Vertrag sich als eine Falle zum Eindringen in die jede Abwärtswendung ausschließende Macht Englands am persischen Meerbusen herausgestellt hat. Man hofft indes, daß aus dieser Angelegenheit keine ernstlichen Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich entstehen werden. —

### Aus England.

Von der Adreßdebatte: der offizielle Liberalismus und der inoffizielle Radikalismus. — Die Regierung und die Meeresschwärze. — Die Balfour'sche Vorlage zur Londoner Lokalverwaltungsreform. — Nebelschwärze gegen den Grafschaftsrath. — Die Ansichten des Kampfes gegen die Kinderarbeit.

London, den 25. Februar. Das parlamentarische Schmarögel, genannt Adreßdebatte, das sich über zwei Wochen hinzog, hat wenig von größerem Interesse zu Tage gefördert. Ein Amendement Labouchere's, das das Vetorecht der Lordskammer nur für eine Session zulassen will, ward von der Regierung wie von den offiziellen Führern der Liberalen bekämpft, erhielt aber fast ebenso viel Stimmen, wie ein von diesen unterstütztes Amendement, das nur kurzweg erklärte, die Macht der Lordskammer, Befehle der Volksvertretung über den Haufen zu werfen, erheischen die Aufmerksamkeit des Parlaments. Für die Regierungspartei war diese Abstimmung, die so deutlich die Gefährlichkeit im Oppositionslager dokumentierte, ein hohes Gaudium.

Ähnlich mit der Abstimmung über ein Amendement des Iränders Redmond, das die gesetzgeberische Unabhängigkeit Irlands verlangte. Redmond machte gar keinen Hehl daraus, daß die Spitze seines Antrags in erster Reihe gegen die Liberalen ging, die er des Verraths an Home rule beschuldigte. Ihm erwiderte Namens der Letzteren Campbell-Bannerman, der erklärte, die Liberalen ständen nach wie vor prinzipiell zu Home rule, behielten sich aber angesichts der veränderten Sachlage, wie sie unter Anderem die neue irische Lokalverwaltungsreform geschaffen, das Recht vor, selbst den Moment zu bestimmen, wo sie von Neuem die Agitation für ein irisches Nationalparlament auf die Tagesordnung setzen würden. Und wieder stimmten Regierung und offizielle Opposition gemeinsam mit Nein. Diesmal allerdings gegen eine schwächere Minderheit. Denn nur ein Theil der Irländer nahm an der Abstimmung theil und bloß vier Radikale, darunter auch Labouchere, stimmten mit Ja.

Wehr Günst als diese politischen Amendements fanden bei den Führern des offiziellen Liberalismus die meisten der wirtschafts- und sozialpolitischen Adreßanträge, wie Erweiterung des Unfallerschadigungs-Gesetzes, des Arbeiterschutzes und andere. Ferner unterstützten sie den Antrag des Iränders Mac Neill, der verlangte, daß kein Mitglied der Regierung Aufsichtsrathmitglied einer Aktiengesellschaft sein dürfe. Um diesen Antrag zu verstehen, muß man sich erinnern, daß in England die Minister nicht aus der Bureokratie, sondern aus der Zahl der Berufspolitiker genommen werden, von denen viele durch Aufsichtsrathsposten sich die Mittel zum standesgemäßen Leben beschaffen. In neun von zehn Fällen ist ein solcher Aufsichtsrathsposten die reine Einnahme. Der mit ihm Vertraute verkauft seinen Namen und je nachdem auch seinen Einfluß für gute Bezalung\*) an die Aktiengesellschaften, die seiner theils als Dekorationsstück für das Aktienlaufende Publikum, theils aber auch für die Förderung ihrer Interessen im Parlament bedürftigen. Es liegt auf der Hand, was für Korruption unter solchen Umständen die Anwesenheit von dergleichen Aufsichtsrathmitgliedern in der Nähe der Regierung heißen kann. Gladstone, der in allen solchen Fragen sehr penibel war, verlangte denn auch, als er 1892 sein Kabinett bildete, daß alle in dasselbe einzutretenden Personen ihre Aufsichtsrathsposten niederlegen. Lord Salisbury aber war 1895 weniger vorständig. Die jetzige Regierung zählt verschiedene Mitglieder, die in allerhand Gesellschaften Aufsichtsräthe sind. Arthur Balfour that denn auch kein Bestes, den Antrag Mac Neill als unlogisch und unnütz hinzustellen, und hatte natürlich die Regierungsmehrheit für sich, denn auf den Wänden der Rechten wimmelt es von „Meerschweinern“. Aber die allgemeine Ansicht ist doch, daß der Posten des Aufsichtsrathes einer für den Profit wirtschaftenden Privatgesellschaft mit dem eines Aufsichtsrathes des ganzen Staatswesens unvereinbar ist.

Daß der Antrag Mac Neill eine Halbheit war, ist übrigens zuzugeben. Aber wenn Halbheit ein Grund der Ablehnung eines Antrages wäre, dann könnte das Ministerium Salisbury-Balfour alle Vorlagen, die es angeht, für sich behalten. Eine Halbheit bösester Art ist zum Beispiel der am Donnerstag von Herrn Balfour eingebrachte Gesetzentwurf zur Reform der Londoner Lokal-

verwaltung. Daß die Organisation des Verwaltungswesens in London im höchsten Grade reformbedürftig ist, weiß alle Welt. Heute werden die Geschäfte der Reformkommission von einem wahren Rattenkönig von Verwaltungskörpern besetzt, die in ihrer Zusammensetzung, ihren Vollmachten, ihren Mitteln und der Größe des vertretenen Gebietes die größten Verschiedenheiten aufweisen. Von einer nach vernünftigen Grundsätzen einheitlich geregelten Arbeitsteilung ist wenig zu spüren. Eine von der liberalen Regierung 1893 eingesetzte Kommission hatte einen Plan der Vereinheitlichung der Verwaltung Londons ausgearbeitet, dessen Annahme Ordnung in das Chaos gebracht hätte. Aber ehe er zur Verhandlung kam, ward die liberale Regierung gestürzt, und ihre konservative Nachfolgerin wollte von dem Plan nichts wissen. Statt der Vereinheitlichung predigte Lord Salisbury und Herr Chamberlain die Verzehntelung Londons. Um dem verhassten Londoner Grafschaftsrath ein Paroli zu bieten, sollte London in zehn große Municipalitäten mit den Vollmachten von solchen eingetheilt werden, wonach dem Grafschaftsrath nicht viel mehr verblieben wäre, als die Sorge für die Sanalisation der Metropole.

Zum Glück fand dieser schöne Plan selbst bei vielen, in Reichthum angelegentlich konservativen Verehrern Londons wenig Gegenliebe, und die Niederlage der Genügigen bei der Grafschaftsrathswahl von 1898 hat ihm den Rest gegeben.

Die Vorlage des Herrn Balfour ist nicht so offen gegen den Grafschaftsrath gerichtet wie sie nach den erwähnten Bedenken hätte sein müssen, sie ist aber auch weit davon entfernt, die Verwaltung Londons wirklich einheitlich zu gestalten. Sie läßt die alte City (die östliche innere Stadt) mit ihren Privilegien ganz unberührt und setzt ihr im Westen eine neue City zur Seite, die den Namen City von Westminster führen soll. Sie würde sich von der Grenze der alten City bis zur Westgrenze des Hyde Park hinziehen und bei einer Bevölkerung von 200 000 Köpfen einen Reichthums- und Wohlstandswert von 100 Millionen Mark verkörpern. Bei der Natur ihrer Bevölkerung ist es sicher, daß sie stets eine konservativ-gemäßigte Vertretung haben und eine händige Bundesgenossin der alten City gegen den Grafschaftsrath sein wird oder würde. Das sonstige London soll in Gebieteinheiten von 100 bis 400 000 Einwohnern eingetheilt werden, mit eigenen Bürgermeistern, Räten und Gemeinderäthen. Die Verwaltungsaufgaben dieser neuen Municipalitäten sollen von vornherein die des Grafschaftsraths unberührt lassen, dem Letzteren soll aber das Recht zustehen, ihnen bestimmte seiner jetzigen Aufgaben zu übertragen — eine „offene Thür“ für etwaige gemäßigtere Mehrheiten des Grafschaftsraths. Kurz, es wird dem Grafschaftsrath nichts direkt genommen, aber es werden ihm die Bezugsvertretungen mehr neben- als untergeordnet. So erhalten sie das Recht, Anträge vor das Parlament zu bringen und gegen Anträge, die von anderer Seite im Parlament vorgebracht werden, Einspruch zu erheben, können also gegebenenfalls dem Grafschaftsrath Anlauf in den Weg legen. Das Wahlrecht zu ihnen soll dagegen dasselbe sein, wie das jetzt für die Kirchspiel-Vertretungen geltende, das demokratischer ist wie das Wahlrecht der städtischen Kommunen, denen die neuen Municipalitäten in anderer Hinsicht nachgebildet sind. Wenn die Regierung auch, erklärte Herr Balfour, auf die sonstige Verfassung der städtischen Kommunen zurückgegriffen habe, so hätte sie doch deren Wahlrecht nicht brauchen können, da die Unterzeichnung von Renten geschehen hätte, die zur Zeit Kirchspiel-Wähler sind. „Ich bin aber ganz sicher, daß dies Haus sich, wie stets, auch diesmal unwillig zeigen würde, irgend ein einseitiges Gesetz zuzustimmen. Auf keinem Fall können wir das weitere Stimrecht abändern und ein engeres an seine Stelle setzen.“ So der konservative Minister — Englands. Seine Worte sind für den Charakter der ganzen Mahregel bezeichnend. Sie ist nicht direkt reaktionär, sie bietet sogar eine Anzahl wirklicher Fortschritte, aber sie bietet sie in einer Form, der Liberalen Stacheln und Widerhaken anhängen. Die Liberalen wußten denn auch zuerst nicht, was zu ihr zu sagen. Ein Theil ließ sich durch die fortschrittlichen Vorschläge blenden und hatte mehr Lob als Tadel für die Vorlage, andere beurtheilten sie ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Ansprüche des Londoner Grafschaftsraths, was sie keinen guten Thun an ihr finden läßt. Ihnen geblieben ist jetzt allerdings ein Element zu deren Interessen durch Zusammenwerfen verschiedener kleiner Kirchspiele zu einer Municipalität bedroht sind, darunter viele konservative. Das „Daily Chronicle“, das gern als Moniteur der radikalen Grafschaftsrathsmehrheit auftritt, zieht bereits mit schwerem Geschütz gegen die Vorlage zu Felde und versichert die Liberalen, die sie, wie die „Daily News“, wohlwollend aufgenommen haben, seiner jouveränen Verachtung. Das Blatt hat eine feine Bitterung für die Stimmung der dritten Klasse seiner Parteimitglieder und deren Agitationsbedürftigkeit, und so kann es leicht kommen, daß der beabrigte Beifall, mit dem die Balfour'sche Vorlage am Donnerstag angenommen wurde, eine Nebelschwärze einleitet, die dem Kampf gegen das 1897er Schulgesetz der Regierung am Festigkeit nichts nachgibt.

Die sozialistische Presse hatte noch keine Gelegenheit, sich über die Bill zu äußern. Radikaleren Kreisen über den Gegenstand zu urtheilen, dürfte sich „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Föderation, glänzend zu ihr stellen, so weit es sich um Schaffung wirksamer Lokalverwaltungsformen in London handelt, ohne natürlich dann den Balfour'schen Auspruch dieser Körper gützuhalten. Die Aussichten des Antrages auf Erhöhung der Altersgrenze für die Fabrikarbeit der Kinder haben sich in den letzten Tagen sehr verbessert. Der Verband der Weber von Lancashire hatte auf vorgestern (Donnerstag) in London eine Konferenz mit Parlamentariern abgehalten, um sie zur Verwerfung der Vorlage zu bewegen. Aber er fand meist nur sehr laute Sympathie oder offene Gegnerschaft. Selbst einige Textilfabrikanten, die Wahlkreise von Lancashire vertreten, so der konservative Kenyon, Abgeordneter für Wury, und der liberale Harwood, Abgeordneter für Bolton, haben erklärt, für die Erhöhung zu stimmen. Andererseits haben die Tuchweber von Yorkshire ihre Opposition gegen die Erhöhung ganz aufgegeben. Auch die Spinner- und Arbeiter verhalten sich diesmal im Ganzen neutral. So sieht zu hoffen, daß der 1. März eine Mehrheit im Parlament für den Kinderertrag finden wird.

### Invalidenversicherungs-Kommission.

8. Sitzung vom 27. Februar. Rösike hat einen Antrag auf Einföhrung eines § 7a gestellt, nach dem durch Beschluß des Bundesrathes der auf Grund des Gesetzes vom 18. Juli 1887 errichteten See-Versicherungsgesellschaft gestattet werden soll, unter ihrer Haftung eine besondere Einrichtung zu dem Zwecke zu begründen, die Invalidität und Altersversicherung nach Maßgabe dieses Gesetzes für diejenigen Personen zu übernehmen, welche in den zur Genossenschaft gehörenden Betrieben oder einzelnen Acten dieser Betriebe beschäftigt werden, sowie für diejenigen Unternehmer, welche gleichzeitig der Unfallversicherung und der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegen. Eine solche Einrichtung soll jedoch nur dann gestattet werden, wenn für die Hinterbliebenen der darin verstorbenen Personen von der Genossenschaft zugleich eine Wittwen- und Waisenversorgung begründet und eine Beitragsverpflichtung für dieselbe eingeführt wird.

Ueber diesen von Rösike auch begründeten Antrag entspann sich eine lebhafteste Debatte. Molkenbührer widerspricht dem Antrag in seiner vorliegenden Form, da mit der Begründung derselben die geplante Einführung ein gutes Geschäft für die Herren Weber bedeute. Es gebe keine Vermögensgenossenschaft, die sachlich zu so viel Klagen Anlaß gegeben habe, wie die genannte. Redner weist auch auf einen Mißtrauen gegen den Bundesrath hin und wiederholt seine bereits früher im Reichstag gemachte Ausführung über die vom Reichsanwalt zu niedrig festgesetzten Generalhöhe. Staatssekretär Hofmann erklärt, daß, falls im Reichstag Dringlichkeit dieser Angelegenheit gewünscht, die Regierung einen Einspruch dagegen nicht erheben würde. Direktor Woodte sucht nochmals die Vorwürfe Molkenbührer's wegen der beabsichtigten Festsetzung der Generalhöhe zu entkräften, ohne eine definitive Widerlegung fertig zu bringen. Der Antrag Rösike wird schließlich angenommen. Die Verabschiedung

über § 8 wird ausgeführt, da derselbe mit später folgenden zusammen behandelt werden soll.

§ 10 enthält die Bestimmung, daß Invalidenrente jenen gewährt werden soll, die dauernd 26 Wochen (heute sind es 52 Wochen) erwerbsunfähig sind. Die Sozialdemokraten beantragen 13 Wochen zu bestimmen. Die Konservativen bringen zu dem Paragraphen eine Resolution ein, in der eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes verlangt wird, die anstatt 13 Wochen 26 Wochen Krankenunterstützung festsetzt. — Von allen Seiten unter Einschluß der Regierungssprecher wird die vorhandene Lücke in der Gesetzgebung zugegeben, nur wisse man nicht, ob es besser sei, die Aenderung hier der der Invalidenversicherung oder bei dem Krankenversicherungsgesetz zu vollziehen. Allgemein war man ferner der Ansicht, daß die beste Lösung durch Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes geschehe, das stände aber vielleicht in weiter Ferne und das Wohlwollen der Regierung könne die Lücke nicht ausfüllen. Bezüglich der höheren Belastung wurden von Seiten der Regierung folgende Zahlen vorgelegt. Zur Zeit (bei 62 wöchentlichem Krankheitszeit) gebe es 68 160 Renten, bei 26 Wochen (wie im neuen Entwurf vorgesehen) 105 000, bei 13 Wochen folge die Zahl der vorübergehenden Rentner auf 287 000. Das entspräche einem Anwachsen der Belastung von 3,15 pCt. bei 26 Wochen und 8,60 pCt. bei 13 Wochen. Das ergäbe eine Mehrbelastung von 61 Pf. pro Kopf und Jahr. Bei der Abstimmung wurde der von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf 13 Wochen abgelehnt, die Regierungsvorlage und die konservative Resolution angenommen.

Bei § 11 beantragen die Sozialdemokraten, die von der Regierung geplante Ausdehnung des Rentenentzuges bei begangenen Verbrechen auch auf Vergehen, abzuheben. Der Reichsanwalt begründet den Antrag; der Paragraph entspreche keinem Bedürfnis, sei ungenügend motiviert und eine neue Härte. Denn derjenige, der sich vergeht, würde ja bestraft, doch er auch der Rente, für die er Beiträge bezahlt habe, verlustig gehen, sei eine doppelte Strafe und schaffe Ungleichheit. Trimborn (Z.) erhebt gleichfalls Bedenken und stellt einen Änderungsantrag, wodurch Vergehen oder Verbrechen vorsätzlich begangen sein müssen, um den Rentenentzug zu rechtfertigen. Die Regierungsvorlage nebst konservativen sind für die Ausdehnung und wird der Paragraph nebst dem Antrag des Hg. Trimborn abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. — Nächste Sitzung: Morgen.

### Parlamentarisches.

Arbeiter-Eisenbahnen. Die freisinnige Volkspartei hat beantragt, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Gegenüber der königlichen Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß bei den Staats-Eisenbahnen die Ausgabe von Arbeiter-Kaufkarten und Arbeiter-Wochenkarten mindestens in dem bisherigen Umfange beibehalten werde.

Dr. Paasche, Rösike (Dessau) und Genossen beantragen: Der Reichstag wolle beschließen, die verabschiedeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von Surrogaten und der Verbrauch von Säbstoffen und sogenannten Konservierungsmitteln bei der Bierbereitung in der Brauereigenossenschaft verboten wird.

### Partei-Nachrichten.

In die Redaktion des „Vorwärts“ tritt mit dem heutigen Tage der Genosse Heinrich Wegler ein, nachdem er über sieben Jahre in der Redaktion der „Sächs. Arb.-Ztg.“ thätig gewesen ist. An seine Stelle tritt der Genosse Hans Bloch, bisher Redakteur der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ in Dorumund.

Zu dem Wahlergebnis bei den Stadtverordneten-Wahlen zu Buzlau, von dem wir bereits Mittheilung machten, bemerkt der „Niederösterreichische Kurier“: „Besonderen Reiz boten die beiden Wahlen, weil heute zum ersten Male die Sozialdemokraten unserer Stadt mit eigenen Kandidaten in die Arena traten. Sie waren durch Kleinarbeit, Flugblätter, Agitation von Mund zu Mund thätig gewesen und hatten die Massen in Bewegung zu setzen gewußt. Das Resultat, das sie errangen, ist immerhin als ein Achtungserfolg zu bezeichnen und wird sie wahrscheinlich veranlassen, mit vermehrten Kräften in die bevorstehende Herbstkampagne zu marschiren.“

Die Landesversammlung der württembergischen Landesorganisation findet am Ostermontag, den 2. April, in Stuttgart statt.

Die österreichische Parteipresse wird abermals um ein neues Organ bereichert. Das neue Blatt erscheint vom 1. April ab in Auffsig unter dem Namen „Das Volkswort“; in Auffsig erscheinen bereits zwei Parteiblätter.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Mecklenburgisches. Ueber „Wahrheit und Recht“ darf im Obertribunale nicht gesprochen werden! Genosse Groth wollte über obiges Thema in Döberan einen Vortrag halten, der dortige Bürgermeister aber verbot die Versammlung, weil sie eine solche zu politischen Zwecken sei. Es ist interessant, daß das Bürgermeisterei-Büreau keine andere Ansicht zuläßt als die, daß, wenn in Mecklenburg über „Wahrheit und Recht“ gesprochen wird, dabei die Art, wie unsere heimischen Junker und Junkerengenossen der Wahrheit und dem Recht Gewalt anthun, bloßgestellt würde.

— Polizeiliches aus Oberschlesien. Aus Deuthen wird uns vom 25. Februar geschrieben: Am 6. und 8. Januar hatten sich mehrere Parteigenossen aus Deuthen und Umgegend zum Zweck privater geselliger Unterhaltung im Winterlokal in Deuthen zusammengefunden, wegen dessen Benutzung zu öffentlichen Versammlungen Genosse Winter mit der Deuthener Polizeiverwaltung allerlei unangenehme Erörterungen gehabt hatte. Auch die Benutzung des Lokals zu Privatzielen war polizeilich gehindert worden. Um festzustellen, was die Polizei an den beangigten Tagen gegen Winter und seine Bekanntschaften würde, benachrichtigten sie die Polizei von ihrer Anwesenheit im Lokale. Diese erschien denn auch recht bald sechs bis sieben Mann hoch und „räumte“ das Lokal, obwohl sie in dem Lokale nichts vorfand, was auf eine öffentliche Versammlung hätte schließen lassen können und obwohl man sie sofort hinauswies. Die beiden heutigen Verhandlungen führten selbstredend zur Freisprechung. Der Staatsanwalt selbst mußte sie beantragen. Nunmehr kann man neugierig darauf sein, ob dem Vorgehen Winter's gegen die damals einschreitenden Polizeibeamten, darunter den Polizeikommissar selbst, die er wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und Hausfriedensbruchs angezeigt hat, wird stattgegeben werden. In den letzten zehn Tagen sind 6 Strafverfahren gegen Winter erledigt worden. 2 endeten mit Einstellung, 2 mit Freisprechung, 1 mit Verurteilung. Das sagt wenig!

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Die Berliner Eisenhauer hatten der Zünngung, wie das bisher alljährlich geschehen ist, auch im Dezember vorigen Jahres die Anträge zur Lohnfrage für das kommende Jahr durch den Gesellenausfluß unterbreiten lassen. Für dieses Jahr wurde die neunstündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnhöhung gefordert. Während aber in sonstigen Jahren die Lohnfrage schon im Januar, spätestens Februar geregelt war, hat die Zünngung in diesem Jahre dazu noch keine Zeit übrig gehabt, angeblich, weil dieselbe durch die Vorarbeiten für die Zwangsinnung vollständig in Anspruch genommen ist.

Zun besteht aber die Thatsache, daß die allermeisten Arbeiter schon im März vergehen werden. Es ist also offensichtlich, daß es der Zünngung bloß um die Verschleppung der Regelung der Lohnfrage zu thun ist. Denn selbstverständlich werden die angeblichen Vorarbeiten für die Zwangsinnung keinen einzigen Unternehmer abhalten, An-

\*) In Hinblick auf die fetten Tageelder — so und so viele Guineen pro Sitzung — welche diese Aufsichtsräthe beziehen, hat der Volkswort für sie das Wort guinea-pigs gebildet, das wörtlich Meeresschwein bedeutet.

beten zu übernehmen, sobald er nur bekommen kann. Es hat denn auch eine am 26. Februar stattgefundene Steiniger-Versammlung beschlossen, den Gesellenauschuss zu beauftragen, unregelmäßig Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern einzuleiten. Damit der Gesellenauschuss auch den Richtungsmaßstab gegenüber legitimiert ist, ist demselben gleichzeitig die Funktion einer Lokalkommission übertragen worden. In einer zum 12. März einzuberufenden Versammlung hat dieselbe Bericht zu erstatten und sollen dann eventuell weitere Maßnahmen beschlossen werden.

### Deutsches Reich.

**Auf dem Bau der Wasserwerke in Garburg**, der von der städtischen Verwaltung an die Firma Rasch u. Förster in Charlottenburg vergeben ist, befinden sich die Arbeiter im Aufstand. Die Firma versuchte fortgesetzt die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und sind größere Differenzen nur durch das Entgegenkommen der Arbeiter vermieden, die in den Einigungs-Verhandlungen immer in einigen Punkten nachgaben. Nun sind neue Differenzen durch die Maßregelung einiger Arbeiter ausgebrochen und als die Arbeiter durch eine Kommission die Forderung der Maßregelung forderten, sind auch die Mitglieder dieser Kommission entlassen. Hiergegen setzten sich die Arbeiter zur Wehr und traten in den Aufstand. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

**Die Lohnbewegung im Moskauer Baugewerbe** ist zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Bauarbeiter Moskods wurde bekannt gegeben, daß sich die Bauunternehmer sowohl wie die Zimmungsmeister schriftlich verpflichtet haben, erstere vom 1. April ab, letztere vom 15. Mai ab eine Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennige einzutreten zu lassen. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Vereinbarung einverstanden.

**Achtung, Formier!** In Dortmund haben die Formier über die Firma Reihner u. Coing die Sperre verhängt. Ferner ist der Zugang nach Essen fernzuhalten, da dort die Formier bei den Firmen Ständer, Stolle und Stern im Streik stehen.

**Die Tischler in Wiesbaden** haben durch freie Vereinbarung mit den Meistern eine Lohnzulage von 5-10 pCt. erreicht. Die geforderte vollständige Arbeitszeit wurde von den Meistern abgelehnt. Die Arbeiter sind geneigt, sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden zu geben.

**Die Dresdener Parquetbodenleger** haben beschlossen, nachdem alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind, in allen Geschäften, mit Ausnahme Lauers Nachf., wo jetzt schon bessere Arbeitsbedingungen herrschen, die Arbeit niederzulegen.

**Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Sachsen.** In Kirchberg wurde vor einigen Monaten eine Filiale des Zentralarbeiterverbandes errichtet. Vor einigen Tagen wurde dem Vorsitzenden an Obsthändler der Weidach, daß die Filiale als ein Verein, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, dem Vereinrecht zu unterstellen sei; es hätten sonach alle minderjährigen Mitglieder, sowie solche, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, aus dem Verein auszuschließen. Gegen 50 minderjährige Mitglieder sind von dieser Bestimmung betroffen worden.

So werden dem Koalitionsrecht der Arbeiter fortgesetzt Hindernisse entgegengebracht, ein Kampf geführt, der unerschöpflich ist in der Anwendung kleinlicher Mittel gegen die Gewerkschaften.

### Ausland.

**Aus London** wird uns von unserem Korrespondenten zu der schon erwähnten Aussperrung der Stadateure geschrieben: Wenn man den Tagesblättern Glauben schenken dürfte, so würde England am Vorabend eines großen nationalen Ausschusses der organisierten Stadateurgehilfen, der womöglich das ganze Baugewerbe stilllegen würde. Thatsächlich hat am letzten Mittwoch das Komitee der verbannten Bau-Unternehmer dem Vorstand der Stadateur-Gewerkschaft ein Ultimatum überreicht, worin es heißt, daß wenn diese sich nicht endgültig und ausdrücklich dazu verstehen, von gewissen Praktiken Abstand zu nehmen, über die die Unternehmer Beschwerde führen, am 1. März im ganzen Land Arbeitssperre eintreten werde.

Die Hauptbeschwerden der Meister sind: Boykottierung von Firmen seitens der Gewerkschaft, trotzdem dieselben die Gewerkschaftsbedingungen einhalten; Weigerung der Gewerkschaftsmitglieder, auf Bauten zu arbeiten, wo irgend welche Richtgewerkschaftler beschäftigt werden; Auslieferung der Gewerkschaft dagegen, daß in Streitfällen zwischen Stadateuren und anderen Bauarbeitern über den Anspruch auf gewisse Arbeiten die Meister das Recht der Entscheidung haben sollen, und die Gefolgschaft, in Aufstand zu treten, wo die Entscheidung gegen sie ausfällt, und schließlich Weigerung der Gewerkschaft, alle Streitfälle der Entscheidung durch ein gemischtes Komitee von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zu unterbreiten. Die Gewerkschaft ihrerseits behauptet, daß sie stets nur zu bereit sei, Streitfälle einer Konferenz von Meistern und Gewerkschaftsvertretern zu überweisen, und nur da eine Ausnahme mache, wo ein Meister sich weigere, die bestreite Arbeit bis zur Entscheidung der Konferenz ruhen zu lassen, und daß sie das Recht in Anspruch nehmen müsse, so gut wie die Prinzipale beurteilen zu können, was für Arbeiten der Stadateuren zulässig, bezw. Geschäftssperre zu verhängen, wo ihr das Ihrige vorenthalten werde. Was die zwei ersten der vorerwähnten Beschwerdepunkte betrifft, so seien Fälle, auf die sie zuträfen, nicht zu ihrer offiziellen Kenntnis gekommen. Auf einen anderen Beschwerdepunkt: willkürliche Beschränkung der Zahl der Lehrlinge, erklärt sie, dies sei eine reine Frage der Vertikalkraft, da der Brauch an den verschiedenen Orten differiere. Sie hat indeß das Verlangen der Prinzipale der Abstimmung der Mitglieder unterbreitet, die am 26. Februar stattfand und deren Resultat am 2. oder 3. März bekannt gegeben wird. Kommt es zur Arbeitssperre, so wird es allerdings kaum zu vermeiden sein, daß andere Zweige des Baugewerbes in den Kampf hineingezogen werden. Es ist aber immer noch möglich, daß in letzter Stunde ein Mittelweg gefunden werden wird. In der Provinz scheint die Kampflust der Arbeiter nicht sonderlich groß zu sein, und in London wiederum sind die Aussichten für die organisierten Unternehmer durchaus nicht günstig. Viele mittlere und kleinere Bauunternehmer können es gar nicht auf einen Kampf ankommen lassen, so daß an allgemeine Durchführung des Ausschusses nicht zu denken ist. Es wird zur Zeit in London so viel gebaut, daß die Masse der Meister froh ist, wenn sie überhaupt Arbeiter bekommen. Und darin liegt das Geheimnis des ganzen Streits. Es ist eine reine Machtfrage, und wenn man will, es sind Machtfragen, um die es sich handelt, und in Bezug auf die in Einzelfällen die Arbeiter vielleicht weiter gegangen sind als zweckdienlich. Darauf deuten verschiedene ausweichende Sätze in der Replik des Gewerkschaftsvorstandes, wie daß ihm Beschwerdefälle nicht offiziell zur Kenntnis gekommen seien. Er selbst wünscht ganz offenbar, den Bogen nicht straff zu spannen, aber er hat eben auch keine diktatorische Gewalt und ist nicht allgegenwärtig.

Die Presse ist diesmal fast einstimmig auf Seiten der Meister, was ihnen aber wenig nützt, so lange der Markt entschieden gegen sie ist.

### Soziales.

**Ein neues Grubenunglück** wird aus Herne gemeldet. Am Sonntag Abend 11 Uhr verunglückten auf der Zeche „Rout Cenid“ bei dem Schichtwechsel 23 Bergleute, und zwar 5 Schwere und 17 Leicht, dadurch, daß der zu Tage geförderte Korb mit voller Wucht gegen eine Scheibe geschleudert wurde. Die Schuld soll den Maschinenisten treffen.

**Der Krankenkasse „Wohlfahrt“ (C. G.) in Altona** ist die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

**Ueber die Schlafverhältnisse der Schulkinder** hat Lehrer Joh. Friedrich in Würzburg sich durch eine unter seinen Schülern veranstaltete Umfrage zu unterrichten gesucht, wofür er in der Zeitschrift „Die Kinderfehler“ (1899, I. Vierteljahres-Heft) berichtet. Die Schüler seiner Klasse, Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren, stammen sämtlich aus den unteren Schichten der Würzburger Bevölkerung. Ihre Väter sind kleine Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker, Arbeiter, untere Eisenbahn- und Postbeamte u. dgl. Durch das schläfrige Verhalten einiger nicht unbegabter, dabei williger und fleißiger Schüler, die oft schon in der ersten Stunde mit offenen Augen träumten, wurde Friedrich darauf gebracht, sich einmal nach den Schlafverhältnissen der Kinder zu erkundigen, um so vielleicht den Grund ihrer Schläfrigkeit zu finden. Er stellte fest, daß von den 54 Knaben (die, wie gesagt, 10-12 Jahre alt waren) nur 20 allein in einem Bette schliefen. Dagegen schliefen 33 mit einer anderen Person zusammen (9 mit kleineren Brüdern, 12 mit größeren Brüdern, 1 bei einem der Schule entwichenen Bruder, 5 bei Schwestern, 3 bei der Mutter, 3 beim Vater) und 1 Knabe schlief mit zwei anderen Personen (kleineren Brüdern) zusammen. Dieser letzte stammte aus der ärmsten Familie. Die Schlafdauer betrug zwischen 9-10 Stunden, doch kamen auch Fälle mit nur 7/8 und sogar 7/4 Stunden vor. Einige Schüler ruhten regelmäßig um 6, 1/2, 1/4 aufstehen, weil sie zu verschiedenen Dienstleistungen verwendet wurden; sie kamen dann müde und schläfrig zum Unterricht. Friedrich sagt, daß ihm die durch seine Umfrage erlangten Einsichten eine einigermaßen individualisierende Behandlung seiner Schüler erleichtert hätten. Als Vorkurslehrer bekomme man manchmal, ohne es zu wollen, einen tiefen Einblick in die Familienverhältnisse der Schulkinder; doch dürfe man die Kenntnis des sozialen Milieus seiner Schüler nicht dem Zufall überlassen. Wer die Faktoren unberücksichtigt lasse, unter deren Einwirkungen sich die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder vollziehe, werde oft ungerichtet sein. — Ähnliche Untersuchungen sind bereits vor mehreren Jahren in Leipzig angestellt worden. Von den 3 Schulen (2 Bürgerschulen und 1 Bezirksschule), die zu diesem Zweck ausgewählt worden waren, wurde die eine vorwiegend von Kindern der Besitzlosen, die anderen von Kindern der Gutsknechte, die dritte von Kindern der Unbemittelten besucht. Es zeigte sich, daß, wie im voraus zu erwarten war, in den Schlafräumen der durchschnittlichen Luftstrom pro Kopf bei den Kindern der 1. Schule am größten, bei denen der 3. am geringsten war, und daß von den Kindern der 1. Schule jedes sein eigenes Bett, von denen der 3. dagegen durchschnittlich je 3 Kinder zusammen 2 Betten hatten. (Vergleiche Bericht in der „Zeitschrift für Schulforschung“, 1897, Heft 3.)

**Die neue Steuerbesetzung** ist seit dem 8. Juni 1898 in Rußland in Kraft. Die Höhe der Steuer wird nach der Anzahl der von einer Person geführten Unternehmungen bestimmt. Die Unternehmungen zerfallen in a) Handelsunternehmungen, b) gewerbliche Unternehmungen, c) persönliche Erwerbsbeschäftigungen. Die bisherigen Gültigkeit, d. h. persönliche Dokumente, welche eine Person zur Führung mehrerer Geschäfte (höchstens zehn) berechtigten, sind aufgehoben.

Bei Einführung des neuen Steuergesetzes, von welchem eine Mehrerhebung von zirka 13 Millionen Rubel erwartet wird, war die Anschauung maßgebend, daß die Gewerbe- und Handelstreibenden in verhältnismäßig kleinem Maße zur Tragung der Staatslasten herangezogen waren, insbesondere die Fabrikunternehmungen, welche, von den Protektionstaxen befreit, einen großartigen Aufschwung in allen Zweigen aufzuweisen hatten.

Die landwirtschaftlichen Krisen und die Verarmung der landlichen Bevölkerung, welche seit dem Jahre 1893 eine anhaltende Erscheinung geworden sind, veranlaßten, wie es in dem Bericht des österreichischen Generalkonsuls in Warschau heißt, die Regierung zur Bewährung von verschiedenen Erleichterungen für die Landwirthe, in Folge deren die Staatseinnahmen um ca. 80 Millionen Rubel jährlich abgenommen hatten. Diesen Erfahrungen soll nun durch das neue Steuerbesetzungs-System Rechnung getragen werden.

### Soziale Rechtspflege.

**Der Reichs-Maurermeister Rohrschneider** hatte dem Maurer S., der etwa 18 Stunden bei ihm arbeitete, die Stunde nur mit 25 Pfennig bezahlt. S. verklagte darauf den Meister beim Gewerbegericht und verlangte als rückständigen Lohn noch 6 M., indem er seiner Forderung einen Stundenlohn von 80 Pf. zu Grunde legte. In der Verhandlung vor der Kammer III gelang dem Beklagten der Nachweis, daß der Kläger in 13 1/2 Stunden 361 Steine, also in der Stunde 23 Steine vermauert hat. Diese Leistung glaubte der Beklagte mit einem Stundenlohn von zirka 25 Pfennig richtig gewürdigt zu haben. Der Kläger rechtfertigte sich damit, daß die fragliche Arbeit besonders genau ausgeführt werden müsse. Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 3,70 M. und führte zur Begründung aus: Da die Höhe des Arbeitslohnes nicht vereinbart worden sei, so müsse ein angemessener Lohn gezahlt werden. Nach dem Urtheil der Sachverständigen im Gerichtshof habe nun der Kläger 3/4 von dem geleisteten, was ein ordentlicher Maurer leisten müsse. Er könne darum für seine Arbeit nicht 80 Pf., sondern nur 45 Pf. pro Stunde beanspruchen. Demnach seien ihm noch 3,70 M. zugubilligen.

### Versammlungen.

**Die Bauarbeiter** hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Das Sammeltreffen zum Streikfonds, wurde beschlossen: Wer bei einem Ausstand auf Unterstützung Anspruch macht, muß seine Sammelkarte für dieses Jahr in Ordnung und für das vorige Jahr wenigstens dreizehn Wochenmarken geliebt haben. Hieraus wurde über die in diesem Jahre zu befolgende Taktik in der Lohnbewegung debattiert. Die im vorigen Jahre aufgestellten Lohnforderungen sollen zunächst zur allgemeinen Durchführung gebracht werden. Diefelben wurden in folgendem Tarif zusammengestellt: I. Lohnarbeit: Für gewöhnliche Arbeiten auf Bauten 40 Pf. Minimallohn pro Stunde. Für Stein- und Mörteltragen in Keller pro Stunde 50 Pf. Für Arbeiter an Maschinen und Fahrstühlen 50 Pf. Wenn der Bau bis zum Dachgeschloß in Lohn festgelegt wird, 60 Pf. pro Stunde. II. Afford: Für Stein- und Mörteltragen im Keller pro 1000 Steine 2 M. Für jedes Stockwerk (partielle bis 4. Stock) je 1 M. für das Dachgeschloß 1,25 M. Zulage pro 1000 Steine. Der Vereinbarung in jedem einzelnen Falle sind folgende Arbeiten überlassen: Mörteltragen zu den Kalksteinen; schwere Herbeischaffung des Materials oder Herantragen desselben aus weiten Entfernungen von den Arbeitsstellen; Arbeit auf Bauten, die mit Verblend- oder anderen ungewöhnlichen Steinen ausgeführt werden; Rappung mindestens 5 M. pro Quadratmeter; Mörteltragen bei Isolierungen und Kalklöchern. — Die Lohnzahlung soll auf der Baustelle erfolgen, Rationen sollen nicht gestellt und vom Lohn nichts eingehalten werden. Die Arbeitszeit ist dieselbe, wie bei anderen Bauarbeitern, höchstens dürfen die Arbeiter 1/2 Stunde früher anfangen wie die Maurer, jedoch nicht des Abends länger arbeiten. Sonntagsarbeit soll nicht geleistet werden. — Zur Regelung der Lohnbewegung wurden folgende Bestimmungen festgesetzt: Jede Gruppe (Maurer und Arbeiter) hat auf jedem Bau einen Deputierten zu wählen. Derselbe hat sich über die Zugehörigkeit seiner Kollegen zu Organisations- u. Informations- sowie Streitigkeiten, welche zwischen beiden Gruppen etwa stattfinden sollten, den betreffenden Kommissionen behufs Regelung mitzutheilen. Wenn bei Arbeitsniederlegungen einer Gruppe auf die Solidarität der anderen gerechnet wird, so muß vorher eine Verständigung zwischen beiden herbeigeführt werden. Eine Bauperre ist nur dann gültig, wenn sie von den Kommissionen beider Gruppen anerkannt wird. Eine gleichzeitige Arbeitsniederlegung beider Gruppen soll nur in außergewöhnlichen Fällen stattfinden. Wenn bei einem Streik oder einer Gruppe der Bau durch Arbeitswillige besetzt

wird, hat auch die andere Gruppe, welche noch arbeitet, die Arbeit niederzulegen, jedoch hat vorher eine Verständigung mit der Kommission stattzufinden. Bei selbständigem Vorgehen einer Gruppe trägt diese selbst die Verantwortung. — Die Unterstützungen bei gemeinsamem Vorgehen werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarung beider Kommissionen nach Maßgabe ihres Streitreglements festgesetzt. Um ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Gruppen aufrecht zu erhalten, hat jedes scharfe Benehmen namentlich gegen die Lohnarbeiter zu unterbleiben. — Das strikte Festhalten an dem Prinzip, nicht mit Affordmaurern zusammen zu arbeiten, hat infolgedessen zu Unzulänglichkeiten geführt, als solche Bauten von Indifferenten besetzt worden sind. Es wurde deshalb beschlossen, daß auf solchen Bauten, auf denen von Anfang an Affordmaurer beschäftigt sind, auch die Arbeiter tätig sein dürfen.

Als Delegierte zur Bauarbeiter-Konferenz wurden Gutsch, Behrend, Seidemann und Kennthal gewählt. — Hierauf erstatteten die Delegierten vom Bauarbeiter-Kongress in Magdeburg Bericht, die Versammlung erklärte sich mit deren Tätigkeit einverstanden. — Unter allgemeinem Beifall wurde einstimmig beschlossen, aus dem öffentlichen Fonds je 500 M. an die Angehörigen der Dresdener Verurtheilten und die Krefelder Weber zu zahlen. — Nummer sollte eine Ersatzwahl von drei Mitgliedern der Lohnkommission vorgenommen werden. Es entspann sich über einen der vorgeschlagenen Kandidaten eine Debatte, die schließlich einen ziemlich heftigen Charakter annahm, so daß der Vorsitzende, ohne die Wahl vorzunehmen zu lassen, die Versammlung schloß.

**Die in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter** hielten am 21. Februar ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in der die Diskussion über den Anschluß an die Industrieverbände fortgesetzt wurde. Mehrere Redner sprachen für Auflösung des Verbandes und Gründung einer Lokalorganisation, andere wieder für Anschluß an den Holzarbeiterverband. Ein Antrag, der sich für die Auflösung des Verbandes ausdrückte, wurde von der Versammlung angenommen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurde Jaffe und zum Stellvertreter Winte gewählt. Im Verschiedenen wurde den Mitgliedern anheimgestellt, die Poststellen bei Franz Geinert, Müllerstr. 7 und Otto Wachgänger, Swinemünderstr. 96, mehr zu beachten.

**In der Versammlung der Möbelpolierer (Filiale Ostern)** sprach am 20. Februar Hugo Böhm über die Arbeitsnachweise. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und waren sämtliche Redner der Meinung, den außerordentlichen stark benutzten Arbeitsnachweis der Gewerkschaft weiterhin auszubauen und nicht etwa durch Einführung von partiitischen oder städtischen Nachweisen eine der besten Waffen der Gewerkschaft aus der Hand zu geben. Unter Verschiedenem erinnerte der Vorsitzende an den Maschinenbau, und den am 19. März stattfindenden Besuch der Treptower Sternwarte. Nach einer Anfordderung, möglichst in allen Werkstätten, in denen wenigstens 4-5 Möbelpolierer beschäftigt sind, einen Vertrauensmann zu wählen und dem Wunsch, die Adressen bei H. Schulz einzureichen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Grünau.** Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag Abends 5 Uhr hier im Lindenhanj'schen Lokale statt. Sie war von den Genossen auch der Umgegend sehr gut besucht. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hielt unter lebhaftem Beifall einen anderthalbstündigen Vortrag über „Die bürgerliche Gesellschaft und der Sozialismus“, wobei auch die parlamentarischen Vorgänge der jüngsten Tage eine eingehende Beleuchtung fanden. Von einer Debatte sah die Versammlung ab. Dagegen wurden angesichts der bevorstehenden Wahl die Gemeindeangelegenheiten lebhaft besprochen. Haber besprach die in Frage stehenden Punkte. Ramentlich der Kleinkrieg gegen die Sozialdemokratie, wie ihn der Amtsvorsteher v. Oppen führt, fand eine Kritik, und die Thatsache, daß über das Lindenhanj'sche Lokal das Militärverbot verhängt worden ist, wurde mit gutem Humor aufgenommen. Die Arbeiter von Grünau sollten bei der nächsten Gemeindevahl dafür sorgen, daß die Vertreter der dritten Klasse aus den Reihen der organisierten Arbeiter hervorgehen. Nachdem auch noch der Kampf der Arbeiterschaft gegen den „Berliner Lokalanzeiger“ besprochen worden war, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg, 27. Februar.** (B. Z. V.) Die die „Hamburgische Wägenhalle“ meldet, ist der früher der Hamburg-America-Linie gehörige und von dieser an die Firma Rob. M. Slomann u. Co. verkaufte Dampfer „Moravia“, welcher auf der Reise nach Portland und Boston am 25. Januar von Halmouth weiterging, noch nicht angekommen, so daß wegen desselben Beförderung herrscht.

**Bernkastel, 27. Februar.** (B. Z. V.) Amtliches Wahlergebnis: Bei der am 25. d. M. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Bernkastel-Wittlich (Kreis 2) wurden insgesamt 12 192 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Bürgermeister Bienenbach 4 984, Pfarrer Hadenberg 3 024, Gerichtsassessor Müller-Trarbach 3 822, Pfarrer Hadenberg 3 024, Gottenbach (natl.) 1 554 Stimmen. Erstgenannter ist mithin gewählt.

**Dudapest, 27. Febr.** (B. Z. V.) Eine Extra-Ausgabe des Amtsblattes veröffentlicht ein Handschreiben, nach welchem der König mit Entscheidung vom 26. ds. Mts. die Entlassung des ungarischen Gesamtministeriums annimmt und demselben für dessen treue und eifrige Dienste den Dank ausdrückt. Das Amtsblatt veröffentlicht alsdann die Enthebung der Minister Erdely, Perczel und Baron Daniel von ihren Posten in voller Anerkennung ihrer ausgezeichneten Verdienste, sowie die Ernennung Koloman Szell's zum Ministerpräsidenten und Vertrauens mit der provisorischen Leitung des Ministeriums des Innern, ferner die Wiederernennung der Minister Fejervary, Lucacs, Blaffics, Daranyi, Cseh und Szeghenyi, alsdann die Ernennung des Staatssekretärs Bloch zum Justizminister, des Abgeordneten Alexander Hegedues zum Handelsminister.

**Paris, 27. Februar.** (B. Z. V.) Senat. de Verninac führt den Vorsitz. Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besetzt. Es beginnt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Revisionsverfahrens. Auf Antrag des Justizministers Ledret wird die Dringlichkeit der Beratung beschlossen. Magine Lecome bekämpft den Gesetzentwurf; derselbe sei verfassungswidrig und greife die Unabhängigkeit der Richter an. Lecome spricht über die Beschuldigungen Beaurepaire's und erklärt, daß die Ergebnisse der Untersuchung Vazeau's für die beschuldigten und verurteilten Richter durchaus ehrenvoll seien. Der Redner macht Vazeau den Vorwurf, er habe sich dazu hinreizen lassen, einen Rath auf politischem Gebiete zu ertheilen und dies sei eine Vermischung der Gewalten. Lecome fügt hinzu, die Untersuchung sei einer der schimpflichsten Vorgänge der Gegenwart. Am Schluß seiner Rede sagt Lecome, der bevorstehende Beschluß werde nicht die erhoffte Beruhigung herbeiführen. (Beifall.) Berichterstatter Bisseul tritt für die Vorlage ein.

Bisseul erklärt, die Vorlage sei durchaus kein Gelegenheitsgesetz, sie bezwecke einen mit Recht verdächtigten Gerichtshof durch einen solchen zu ersetzen, der geachtet werde. (Beifall.) Girault bekämpft die Vorlage Lamar. Jelle sagt, angesichts der Schlußfolgerungen Vazeau's müsse man für das Gesetz stimmen.

**Wons, 27. Februar.** (B. Z. V.) Die belgischen Arbeitervereine hatten am Sonntag 2000 Delegierte hierher entsandt, welche nach einem Umzug durch die Straßen der Stadt zu einer Versammlung zusammentraten, in welcher die Lage der belgischen Arbeiter einer eingehenden Erörterung unterzogen wurde. Die Delegierten beschloßen, zum 13. und 14. August d. J. einen Parteitag hierher einzuberufen, an welchem alle belgischen Arbeitervereine theil nehmen sollen.

**Madrid, 26. Februar.** (B. Z. V.) Mehrere Tausend von Aruba in die Heimath zurückbesiedelte spanische Soldaten veranstalteten eine Kundgebung, indem sie dagegen protestirten, daß man sie völligen Mangel leiden lasse. Der Präsekt ließ sie auseinander treiben.

Reichstag.

43. Sitzung, Montag, 27. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Thielen.

Von der Direction der Hamburg-Amerika-Linie ist ein Dank-Telegramm für die Rundgebung des Reichstags bei Gelegenheit der Rettung der „Vulgaria“ eingegangen.

Die zweite Etatsberatung wird bei der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Dank (Elf.) und Abg. Riff (Hosp. der fr. Sp.) treten für die Eingabe der Betriebssekretäre ein, die seit Jahren auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen warten.

Abg. Werner (Antik.) befürwortet die Gleichstellung der Betriebssekretäre mit den Eisenbahnsekretären und bejährt sich über die schlechte Behandlung der Telegraphisten seitens ihrer vorgesetzten Behörde. Auch die ökonomische Lage der Lokomotivführer entspricht keineswegs ihrer verantwortlichen Stellung.

Preussischer Eisenbahnminister Thielen: Die Betriebssekretäre gehören zu einer Beamtenklasse, die auf dem Ausstiegs-Etat steht; man kann ihnen nicht weiter entgegenkommen, als es schon geschehen ist. Die Telegraphisten, die aus der heftigen Verwaltung in die preussische kommen, sind allerdings von Subalternen zu Unterbeamten geworden, haben aber gleichzeitig eine Gehaltsaufbesserung erhalten. Die große Bedeutung der Lokomotivführer erkenne ich an; aber eine Erhöhung ihres Gehalts ist nicht angängig. Wohin sollten wir kommen, wenn an der Leiter der Erhöhungen sich einer an den anderen anklammert, um auf dessen Schultern höher zu kommen?

Abg. Vuch (Soz.):

Die Aufbesserung der Beamtengehälter, die wir mit Freuden begrüßen, ist ein Beweis für die Richtigkeit der Beschwerden, die wir in früheren Jahren nach dieser Richtung hin stets erhoben haben. Ebenso zu begrüßen ist die Vermehrung des Personals, vor allem des Streckenpersonals. Die bisher geübte Sparpolitik ist gerade auf diesem Gebiete am weitesten getrieben worden. Wenn jetzt 50 Zugführer, 150 Schaffner, 100 Weichensteller auf einmal mehr eingestellt sind, so ist wohl der Grund nicht darin zu suchen, daß der Verkehr so rapide gestiegen ist, sondern man hat offenbar Mißstände beseitigen wollen. Der Mangel an Personal hatte vor allem dazu geführt, daß oft Leute aus anderen Dienststellen, also mit mangelhafter Vorbildung, zur Ausfüllung benutzt wurden. Eben ausgemerkte junge Schloßer wurden als Heizer, Heizer als Lokomotivführer etc. beschäftigt. Ich habe eine Mittheilung von einem Lokomotivführer über diese Mißstände erhalten, der auch auf die Gefahren hinweist, die daraus entstehen, daß sogar Rottenarbeiter als Heizer verwendet werden. Vor allem leidet darunter auch das reisende Publikum. Mit Recht wird ferner darüber geklagt, daß solches Ausfüllpersonal nicht wenigstens die entsprechende Zulage erhält, als z. B. ein Schaffner, der als Zugführer dient, eine Zulage, die ihn diesem an Gehalt gleichstellt. Da möchte es doch heißen: für gleiche Leistungen gleichen Lohn! — Bezüglich der Petitionen der Eisenbahnbeamten möchte ich den Wunsch aussprechen, daß dieselben nicht der Petitions-, sondern der Budgetkommission überwiesen werden, damit wir hier beim Etat darüber zu beraten haben. Was zunächst die Lokomotivführer anlangt, so ist anzuerkennen, daß sie bereits in den früheren Jahren Gehaltsaufbesserungen erfahren haben. Diese Beamten beklagen sich indeß darüber, daß bei jeder Gehaltsverhöhung für sie eine Schmälerung der Nebenbezüge stattgefunden hat. Ihr Dienst ist einer der aufreibendsten, besonders infolge der unregelmäßigen Lebensweise, die sie zu führen gezwungen sind. — Die Telegraphisten wünschen ihre Gleichstellung mit den Telegraphisten der Reichspost als Subalternbeamte. Der Reichstag hat eine dahingehende Resolution angenommen im März 1897 angenommen und ich möchte wünschen, falls diese Forderung bis zum nächsten Jahre nicht erfüllt ist, von neuem einen solchen Antrag anzunehmen. Die Thätigkeit der Eisenbahn-Telegraphisten ist eine überaus verantwortungsvolle, da die Sicherheit des reisenden Publikums in hohem Maße von derselben abhängt. In Bayern, Baden, Oldenburg und Hessen werden die Telegraphisten schon seit vielen Jahren den Subalternbeamten zugerechnet. — Die Ausführungen des Abg. Delsor bezüglich der Sonntagszüge unterbreite ich nicht. Da jünne ich ganz Herrn Comp bei, daß den Arbeitern unter allen Umständen Gelegenheit geboten werden muß, sich von dem Aufenthalt in der schlechten Fabrikluft in der Woche am Sonntag in freier Waldluft zu erholen, anstatt in den Wirtschaften herumzusitzen. Ich bin überzeugt, daß die Eisenbahnarbeiter die Mehrarbeit, die ihnen aus diesen Sonntagszügen entsteht, aus Solidaritätsgefühl gerne leisten werden. Durch Einstellung von genügendem Personal könnte aber auch diesem Mangel abgeholfen werden. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Minister Thielen:

Wir haben für den normalen Betrieb das vollständig ausreichende Personal, dagegen nicht für außerordentliche Fälle. In diesen ergänzen wir es durch die nach bundesrathlichen Verordnungen ausgebildeten Aushilfen. Die Mittheilungen des Lokomotivführers, die Herr Vuch vortrug, müssen irrtümliche sein. Ebenso irrtümlich ist es, daß die Lokomotivführer jedesmal bei Gehaltsverhöhungen eine Kürzung ihrer übrigen Emolumtionen erfahren. Daß die Beamten möglichst ihren Dienst in der Heimath versehen, wird ohnehin angestrebt. Die Mehrarbeit der Sache ist aber die, daß ihre Kilometergelder geringer werden, und darüber beklagen sich die Leute bereits. Allen recht machen, kann man eben nicht. Was die Eisenbahn-Telegraphisten anlangt, so darf man nicht verzeihen, daß sie ganz andere Menschenkinder sind, als die Post-Telegraphisten. Sie haben einen total anderen Dienstplan. Also lasse man doch alle Gleichstellungsversuche.

Abg. Werner (Antik.) erklärt, durch die Ausführungen des Ministers v. Thielen (Weiterleit.) nicht widerlegt zu sein. Die Mehrzahl der Betriebssekretäre sei zu alt, um noch das verlangte Eisenbahnsekretärenexamen ablegen zu können.

Minister Thielen: Der Abg. von Werner (Weiterleit.) kann doch nicht verlangen, daß ständig Gehaltsverhöhungen vorgenommen werden. Wenn die Betriebssekretäre das Examen machen, dann erhalten sie von selbst mehr Gehalt.

Abg. Müller (natl.) verweist auf die Thatsache, daß die Zahl des etatsmäßigen Betriebspersonals ohnehin erhöht ist. Die Beschäftigung ungelerner Heizer könne wohl kaum vorkommen, da jeder Beamte, der eine solche anordnet, bei etwaigen Unglücksfällen kriminallich gefaßt werden könne.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) meint, die Rede des Herrn Ministers Thielen habe für die Beamten doch etwas ausichtsloser gefungen, als die Rede des Finanzministers Dr. v. Wiquel im Abgeordnetenhaus.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Beim Titel: Nicht etatsmäßige Beamte, Bedienstete und Arbeiter, tritt

Abg. Dank (Elf.) dafür ein, daß den sogenannten Hilfs-schreibern der Lohn auch dann ausgezahlt wird, wenn sie durch Krankheit am Dienst verhindert werden.

Abg. Vuch (Soz.): Die Arbeiter an den Kesselmaschinen haben in 5 Wochen nur einen freien Sonntag. Ich habe mich bereits 1898 darüber beschwert und hoffe, daß ich das heute zum letzten Male thue.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) tritt dafür ein, daß die Regierung den festen Eisenbahndienstleistungen und Arbeitern Beamtenstellung, vor allem Pensionberechtigung gewährt.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben.

Bei den einmaligen Ausgaben findet Abg. Dank (Elf.), daß die Betriebsmittel immer noch ungenügend seien.

Geheimrath Wackerzapp bittet, entgegen dem Kommissionsbeschlusse, die erste Rate von 400 000 M. für die Anlage einer elektrischen Centrale in Mülhausen behufs Beleuchtung der Bahnhöfe Mülhausen, Dornach, Lutterbach, Mülhausen-Nord und Mülhausen-Wanne sowie der Werkstätte Mülhausen und behufs Kraftversorgung der letzteren zu bewilligen.

Abg. Vuch (Soz.): Obgleich ich Vertreter der Stadt Mülhausen bin, bitte ich um die Ablehnung dieser Forderung. Die abnehmende Dichtigkeit der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt, daß die Anlage des Elektrizitätswerkes sich dem großen Reformplane beim Neubau des Bahnhofs einfügen müsse. Wenn im nächsten Jahre eine Position für letzteren eingestellt wird, so soll die erstere mit angefaßt werden.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.): Wenn die Regierung in schnellerer Weise vorgehen will, sollten wir sie nicht daran hindern und die Forderung nach dem Wunsch der Regierung bewilligen. Eine gute Beleuchtung trägt wesentlich dazu bei, Unfälle zu verhüten; und wenn in diesem Jahre Unfälle entstehen sollten, möchte ich die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

Geheimer Rath Wackerzapp: Die definitive Gestaltung des Bahnhofs hängt mit der Beleuchtungsanlage nicht zusammen. Alle Befürchtungen des Abg. Vuch in dieser Richtung sind grundlos.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich bitte, am Kommissionsbeschlusse festzuhalten. Man soll doch nicht erst eine Maßnahme bauen und dann das Haus drum rum (Weiterleit.), sondern umgekehrt.

Der Titel wird hierauf dem Antrage der Kommission entsprechend abgelehnt.

Eine Resolution, die die Beseitigung der Uebelstände auf dem Strahburger Güterbahnhof sowie einige andere Verkehrsverbesserungen für Elsass-Lothringen anspricht, wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Der Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reiches wird debattelos genehmigt.

Es folgt der Etat für das Reichsschatzamt. Beim Titel „Staatssekretär“ bringt

Abg. Dr. Wachnig (fr. Sp.) zur Sprache, daß einer angesehenen Berliner Firma, die bisher Wolllarn für den Veredlungsverehr bezogen hatte, plötzlich seitens der Hauptsteuerdirektion mitgetheilt worden sei, die Vergünstigungen für die Einfuhr von Wolllarn seien verboten. Später stellte sich heraus, daß das nur von Bruchsen galt. Solcher Partikularismus wirkt doch nur schädlich und ist verwerflich, daß er zu Grunde geht.

Staatssekretär Freiherr v. Thielmann: Das Reichsschatzamt ist stets bestrebt, einen Ausgleich solcher Verschiedenheiten herbeizuführen. Auch in diesem Falle sind bereits Verhandlungen im Gange.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Es folgt der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aueren.

Beim Titel Zölle fragt

Abg. Graf Schwerin-Ludwig (L.) die Regierung an, welche Maßregeln sie zu ergreifen gedenkt, um den Vernichtungsprozess der kleinen Mühlen, wie sie aus den falschen Typen beim Rendement folgen, aufzuhalten. Die einzigen 20 großen Mühlen erhalten dadurch eine Art Exportprämie, schädigen die Staatskasse und räumen dabei die kleinen Mühlen.

Staatssekretär Freiherr v. Thielmann: Das Reichsschatzamt hat nicht in erster Linie das Interesse des Staatsbüdels, sondern das Wohl des Reichs wahrzunehmen. (W.) Es handelt sich hier um eine äußerst verwickelte Frage. Es ist möglich, daß wir einen Weg finden, der uns eine genauere Werthschätzung des Mehl ermöglicht. Aber von allen Mängeln frei können die Typen nie sein. Es ist da unmöglich, etwas absolut Sicheres zu bestimmen.

Die Vorwürfe gegen das jetzige Regulativ scheinen mir nicht gerechtfertigt. Die Type ist auf Grund von Mustern hergestellt, die von sämtlichen Bundesstaaten vorgelegt waren. Bei ihrer Herstellung waren Groß- und Kleinstmüller beieinander. Von einer Bevorzugung des Großmühlensbetriebes ist keine Rede. Natürlich ist diese Type nicht einwandfrei, und es sollte sich freuen, wenn ein neues Verfahren sich ermöglichen ließe, das Allen gerecht werde; den Großmüllern, den Kleinstmüllern und den Exportmüllern an der See. Die Vorkläge des Landwirtschaftsrathes werden einer ersten Prüfung unterzogen werden.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Bericht der Geschäftskommission über den sozialdemokratischen Antrag in Sachen des Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Nach Erledigung einiger Kapitel des Berg-Etats, die keine wesentliche Debatte hervorgerufen, tritt das Haus in die Beratung des Kapitels Ober-Bergämter.

Hierzu liegt der Antrag Hirsch (fr. Sp.) vor:

„Die Regierung zu eruchen, zum Zwecke der thunlichsten Verhütung von Unfällen und der Stärkung des Vertrauens der Grubenarbeiter in die Sicherheit des Betriebes, neben den Revier-Aufsichtsbeamten Arbeitervertreter zur Beaufsichtigung der Steinkohlen-Gruben heranzuziehen.“

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.):

Unter dem erschütternden Eindruck des Unglücksfalles auf der Zeche „Karolinenfeld“ fand am 24. Februar v. J. die Erörterung dieses Kapitels statt. Damals ver sprach der Minister, die Höchstzahl der Ueberwachten festzusetzen. Ich bitte um Aufschluß, was daraus geworden ist. Die Arbeiterdelegirten, die man damals in Aussicht nahm, sollen sich nach dem Bericht der nach England entsandten Kommission dort nicht bewährt haben. Leider ist der ausführliche Bericht der Kommission nur weniger von uns zugegangen. Aber diejenigen, die ihn gelesen haben, sind entgegengekehrter Ansicht. In England haben die Arbeiter schon seit 26 Jahren das Recht, die Gruben durch ihre Delegirten zu beaufsichtigen. Es liegen darüber ausreichende Erfahrungen vor und die Stimmen, die wir darüber hören, sprechen sich dahin aus, daß es eine Einrichtung ist, die wohl im Stande ist, Unglücksfälle zu verhüten.

Die Berichte bestätigen, daß sich für England die Arbeiterdelegirten durchaus bewährt haben. Man sagt freilich, die sozialen Verhältnisse Englands seien ganz andere, dort gäbe es infolge der Gewerkschaften keine Sozialdemokratie. Diese Ehrenerklärung für die Gewerkschaften acceptire ich mit Dank. Aber als diese Arbeiterdelegation geschaffen wurde, bestand in England die Christlichbewegung, die eine viel schlimmere Propaganda trieb als unsere Sozialdemokratie. Für Frankreich lautet der Bericht ebenfalls günstig, besonders natürlich von den Arbeitgebern. Das kann bei der dortigen sozialen Unterdrückung nicht wundernehmen. Frankreich hat ein solches Gesetz erst seit 1890, nach acht Jahren schwerer parlamentarischer Kämpfe. Aber auch hier haben die Arbeiterdelegirten zu einem besseren Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und zur erhöhten Sicherheit des Betriebes mitgewirkt. Für Belgien lauten die Berichte ebenfalls überwiegend günstig. Daher berufen sich die Gegner solcher Arbeiterdelegationen mit Unrecht auf diesen Kommissionsbericht.

Zu Preußen hatten wir im Jahre 1898 im Bergbau eine Verlustziffer von 928 Tödtungen. Das ist eine ungeheure Ziffer, die selbst von England nicht entfernt erreicht wird. Eine Vermehrung der staatlichen bergbauaufsichtlichen Aufsichtsbeamten genügt nicht für die Sicherheit des Betriebes, dazu ist das wahnsinnige Auge der Arbeiter selbst notwendig. Es muß noch dem schönen Grundsatze der Selbsthilfe verfahren werden. Kein Bergarbeiterstand eignet sich dazu besser als der deutsche. Diese Vertrauensmänner der Arbeiter können nur von den

Arbeitern selbst gewählt werden. Deswegen sind sie nach unten nicht mehr abhängig, als die Abgeordneten hier ihren Wählern. Es scheint mir eine unbegründete und feindselige Auffassung, daß eine solche Einrichtung den Sozialdemokraten nützen könne. (Sehr richtig! links.)

Die Arbeiter werden am besten durch solche praktische, gemeinnützige Thätigkeit von ihren sozialdemokratischen Utopien abgebracht. Die Sozialdemokratie ist bereits eine ganz andere als vor 20 und 30 Jahren. Sie hat den revolutionären Charakter abgestreift und wird sich mit Reformen begnügen. (Sehr richtig, links; Widerspruch rechts.) Ich stelle dem Hause freundlichst anheim, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Hner (freil.):

erklärt, daß seine Partei dem Antrag nicht zustimmen könne. So leicht, wie sich der Vordränger eine Arbeitervertretung denkt, ist die Sache nicht. Die Arbeiter sind auch nicht im Stande, die Kontrolle auszuüben, dazu gehören technische Kenntnisse eingehender Art. Die meisten Unterbeamten gehen aus den Arbeitern hervor, sollen nun gewählte Arbeitervertreter eine bessere Kontrolle ausüben, als ihre früheren Kollegen im Beamtenstande? Zur Wahl würden nicht etwa technische Vorkenntnisse, sondern Aushen und etwa die Zugehörigkeit zu einer gewissen Partei beitragen. Die Sozialdemokratie ist unter den Beamten stärker vertreten, als Herr Dr. Hirsch annimmt. Bei den Arbeitervertretern würde die Sozialdemokratie daher meistens Mitglieder ihrer Partei durchbringen. In den Unglücksfällen sind oft die Arbeiter selbst schuld. Die Kontrollbeamten müssen unabhängig sein, sowohl von den Grubenbesitzern als von den Arbeitern. Wir beantragen daher Ablehnung des Antrages Hirsch. (Beifall rechts.)

Abg. Hise (Z.):

Die Ausführungen des Vordrängers kann ich nicht als überzeugend anerkennen. Die Arbeiterdelegirten sollen die technischen Aufsichtsbeamten nicht ersetzen sondern ergänzen. Auch ist eine Vermehrung der etatsmäßigen unteren Aufsichtsbeamten dringend notwendig. Wir stimmen dem Antrag Hirsch durchaus bei.

Abg. v. Vockelberg (L.):

Die Aufsichtsbeamten haen eine so verantwortungsvolle Stellung und eine so aufreibende Thätigkeit, daß das vorgeschlagene Maximalgehalt nicht hoch genug ist. Nach unserer Ansicht sollen die Aufsichtsbeamten gewissermaßen die „Gendarmen unter der Erde“ sein. Den Antrag Hirsch müssen wir ablehnen, obwohl wir der Tendenz auf Verminderung der Unfälle sympathisch gegenüberstehen. Wir halten den Antrag für unpraktisch, gefährlich und politisch nicht unbedenklich. Aus der Denkschrift bin ich gerade zu dem umgekehrten Schluß wie der Abg. Hirsch gekommen. Der Antrag hat eine sehr deutliche politische Seite. Wir stehen auf dem Boden der kaiserlichen Verfassung, aber der Sozialdemokratie wollen wir keine Handhabe für ihre Thätigkeit lassen, wir wollen nicht den Frieden zwischen den Arbeitgebern und ihren Beamten lodern. (Bravo! rechts.)

Minister Vresfeld:

Besondere staatliche Aufsichtsbeamte, welche die Revierbeamten ersetzen, sind unbedingt notwendig, da die Revierbeamten sich von dem ordnungsmäßigen Zustande der einzelnen Gruben höchstens einmal im Jahre überzeugen können. Ueber die Frage der Zulassung von Arbeiterdelegirten können wir zur Zeit noch keine Entscheidung treffen. Den Bericht der Kommission habe ich aus redaktionellen Gründen dem Hause noch nicht zur Kenntniß bringen können. Es ist nicht schwer, aus dem Bericht Belegstellen für jede Ansicht, mag sie für oder gegen diese Einrichtung sein, herauszulassen. Man muß aber die Belegstellen auseinanderhalten nach den Ländern und nach den Gruppen von Personen, von welchen sie ausgehen. Am günstigsten hat sich die Einrichtung in England bewährt, erheblich weniger günstig in Frankreich, während man in Belgien eigentlich Erfahrungen noch nicht hat machen können, sondern sich darauf beschränkt hat, Hoffnungen auszusprechen. In England sind Arbeiter und Arbeitgeber damit zufrieden. Nur bei beiderseitigen, guten Willen kann etwas Nützliches herauskommen. Ich will kurz die Gesichtspunkte darlegen, die für und gegen eine solche Einrichtung sprechen: Der Arbeiter hat ein großes Interesse, sich selbst zu überzeugen, daß alles in Ordnung ist, ebenso der Grubenbesitzer, daß seine Sicherheitsmaßregel verstanden wird, damit er nachher bei Unfällen gegen nachträgliche Beschuldigungen gedeckt ist. Der Arbeiter kennt die lokalen Verhältnisse sehr genau und eignet sich daher sehr gut zur Revision. Wegen einer solchen Einrichtung spricht: Es ist nicht angängig, eine gründliche Revision anders als durch einen technisch gebildeten Beamten vornehmen zu lassen. Diese Bildung läßt sich nicht durch praktische Erfahrung ersetzen. Jede Revision von Arbeitern ist gegen die Grubenleitung gerichtet. Sie werden in den meisten Fällen auch Anstand nehmen, ihre Kameraden zu demüthigen. Die Mehrzahl der Unfälle wird aber gerade durch die Unachtsamkeit der Arbeiter hervorgerufen. Man würde also durch eine solche Revision die Hauptquelle des Unheils nicht verstopfen. Der Arbeitgeber kann einem solchen Delegirten, der doch zugleich auch Arbeiter ist, zu jeder Zeit den Dienst kündigen. Dadurch wird die Stellung der Delegirten höchst prekar und abhängig. Der Arbeitgeber hat so die Möglichkeit, den Nutzen der Einrichtung vollständig zu vereiteln. Nach Ausweis der amtlichen Unfallstatistik besteht aber die größte Gefahr nicht bei den staatlichen, sondern bei den privaten Bergwerken, besonders im Ruhrrevier. Nirgends würde man aber durch die Zulassung von Arbeiterdelegirten größeres Unheil anrichten, als gerade dort. Die Grubenbesitzer würden entschieden dagegen sein und unter den Arbeitern würde sich alsbald eine lebhafteste politische Agitation entwickeln. Man haben sich ja bei staatlichen Betrieben, besonders bei der Eisenbahn, Arbeiterausschüsse sehr gut bewährt, und man könnte ja daran denken, durch diese solche Delegirte wählen zu lassen. Prinzipiell ist dagegen nichts einzuwenden. Aber ich meine, wir haben jetzt keinen Anlaß, die kaum geschaffene Einrichtung der Aufsichtsbeamten schon wieder zu vervollständigen. Wir müssen erst abwarten, wie sich diese Einrichtung bewähren wird und können uns durch Annahme der Resolution Hirsch die Hände nicht binden. Ich bitte daher, die Resolution abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Im vorigen Jahre, als wir unter dem Eindruck des Unglücks auf Zeche Karolinenfeld standen war das Haus viel geneigter, Arbeitervertreter einzuführen. Unsere Arbeitgeber haben kein Vertrauen zu ihren Arbeitern, wie es in England der Fall ist. Der Arbeitervertreter soll ja keine Verfügung treffen, er soll ja nur seinen Bericht dem Revierbeamten einreichen. Spielt er sich als Agitator auf, nun so wird er von seinem Posten entfernt. Wer sich durch übertriebene Versprechungen auf den Posten gebracht hat, wird im praktischen Dienst bald einsehen, daß er seine Versprechungen nicht einhalten kann, er wird seinen Einfluß einbüßen; damit ist er als Agitator abgethan. Die Arbeiter verlangen mit Recht, daß sie mitsprechen, wo es sich um ihr Leben und ihre Gesundheit handelt.

Abg. v. Gynern (natl.):

Die Verstärkung der Aufsicht, wie sie hier gefordert wird, ist nach meiner Ansicht weder nöthig, noch praktisch durchführbar. Die Unternehmer haben sich noch nie gegen vernünftige Forderungen verschlossen. Aber gegen Zwecke der Sozialdemokratie, die ganz andere Ziele als das Arbeiterwohl verfolgt, müssen wir uns auf Entscheidungsfälle wenden. Zur Betriebskontrolle gehören technische Kenntnisse, die der Arbeiter im Allgemeinen nicht besitzt. Bei der Wahl der Kontrollen werden jedenfalls die Kenntnisse nicht den Ausschlag geben. Die Agitatoren in den Bergwerken gehen nicht immer von den Sozialdemokraten aus, ich erinnere nur an den Professor Wagner aus Berlin, der in einer Bergarbeiter-Versammlung eine Rede mit sozialdemokratischen

Wären gehalten hatte. Wir wollen nicht eine Bewegung stärken, die von Berlin aus geleitet wird und jeden hinauswirft, der nicht Ordnung parirt. Den Standpunkt, auf den ich mich im vorigen Jahre gestellt, habe ich infolge der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Wahl verlassen. So wie die Dinge aber bei uns liegen, kann der Antrag Birch keinen anderen Erfolg haben, als die Bergwerke der sozialdemokratischen Agitation auszuliefern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)  
Darauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung, außerdem die zurückgestellten Titel des Etats der indirekten Steuern.

Schluss 5/4 Uhr.

### Lokales.

**Vierter Wahlkreis Südosten.** Mitglieder, welche zu der Sonder-Vorstellung in der Urania am 5. März noch Billets in Händen haben, werden aufgefordert, sie spätestens am Mittwoch an Theil. Staligerstr. 35, zurückzugeben. Andernfalls werden die Karten als verkauft betrachtet.  
Der Vorstand.

### Bevölkerungsaustausch Berlins mit den Vororten.

Seit April 1896 werden unter den Berliner Ju- und Fortzügen diejenigen aus bezw. nach den Vororten in den Veröffentlichungen des städtischen statistischen Amtes besonders mitgeteilt. Für das Jahr 1897 wurden gemeldet (nach Angabe des jetzt veröffentlichten Jahresberichts über die Bewegung der Bevölkerung Berlins 1897):

	Selbstthätige		Angehörige		überhaupt
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
nach Berlin Zugezogene	109 252	80 102	10 466	21 688	221 458
darunter aus Vororten	16 548	16 712	3 860	8 024	45 144
sind % aller Zugezogenen	15,1	20,9	36,9	37,1	20,4
aus Berlin Fortgezogene	84 895	62 885	9 418	19 454	176 147
darunter nach Vororten	18 552	14 848	3 888	8 300	45 588
sind % aller Fortgezogenen	21,9	23,8	41,8	42,7	25,9

Die Vororte sind, wie man sieht, an den Ju- und Fortzügen nach bezw. aus Berlin recht erheblich beteiligt — an den Fortzügen verhältnismäßig noch stärker als an den Zugzügen. In der Gruppe „Angehörige“ sind die Vororte, bei den Fortzügen und auch bei den Zugzügen, mit einem besonders hohen Anteil vertreten. Das deutet darauf hin, daß die aus bezw. nach den Vororten Ju- bezw. Abwandernden zum großen Teil Verheiratete sind. Zu den gemeldeten Fortzügen muß übrigens für vermuthlich unterlassene Meldungen noch ein Zuschlag gemacht werden, den das statistische Amt gegenwärtig auf 18 pCt. für männliche und 13 pCt. für weibliche Personen schätzt. Die Fortzüge erhöhen sich dadurch auf:

	Selbstthätige		Angehörige		überhaupt
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
nach Berlin Fortgezogene	100 176	70 495	11 107	21 983	203 761
Darunter nach Vororten	21 891	16 773	4 582	9 889	52 635

Danach zogen nicht bloß relativ, sondern auch absolut viel mehr von hier nach den Vororten fort, als aus den Vororten nach hier zuzogen. Das Mehr war bei den Selbstthätigen 5943 männliche, 61 weibliche, bei den Angehörigen 722 männliche, 1368 weibliche, zusammen 7494 Personen während die Gesamtanzahl der Fortzüge aus Berlin um 17 007 Personen hinter der der Berliner Zugzüge zurückblieb. Bemerkenswerth ist an diesem Bevölkerungsaustausch Berlins mit seiner näheren Umgebung der bedeutende Mehr-Fortzug männlicher Selbstthätiger nach den Vororten, weit über 5000 in einem einzigen Jahre (während bei den männlichen Selbstthätigen die Gesamtanzahl der Fortzüge aus Berlin in demselben Jahre um über 5000 Personen geringer war als die der Zugzüge nach hier). Besonders in dieser Gruppe giebt Berlin viel mehr an die Vororte, als es von ihnen empfängt.

**Zur Eröffnung des Wahlkampfes im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hat am Donnerstag das sozialdemokratische Wahlkomitee ein Flugblatt zur Verbreitung gebracht, das Eugen Richter in der „Frei. Ztg.“ natürlich ein „Lügenblatt“ von besonders böswilliger Art schimpfte. Nun ist freilich Eugen, dessen Verlogenheit in der Polemik mit seinen Gegnern seit Jahren ebenso bekannt ist, wie sie unerbittlich zu sein scheint, der Letzte, der solchen Vorwurf ohne Beweis erheben darf; er giebt sich auch garnicht die Mühe, auch nur den Versuch zur Widerlegung auch nur einer der ihm unangenehmen Behauptungen des Flugblattes zu machen, sondern schimpft sie Lügen, um mit gewohnter Praxis später seine jetzige Ablehnung als Widerlegung zitiren zu können.  
Nun ist aber dem Verfasser des Flugblattes thatsächlich ein Irrthum unterlaufen, darin, daß er den freisinnigen Abgeordneten Bräde in einer der letzten Reichstags-Sitzungen im Sinne der bei der letzten Wahl von Herrn Kreiling den Ränzler gegenüber eingegangenen Verpflichtung gleichfalls dafür eintreten ließ, daß eine bessere Vertheilung der Lasten der sozialen Gesetzgebung auf breite steuerkräftige Schultern erfolgen soll. Herr Bräde läßt uns nun mittheilen — und der Vergleich mit dem Stenogramm bestätigt — daß er nicht für eine Abwälzung der Lasten des Gesetzes auf die Arbeiter eingetreten sei; er konstatierte nur, daß infolge des Arbeitermangels im Osten die Last thatsächlich ganz auf die Schultern des Arbeitgebers gewälzt sei, daß weiter jahrelang im Osten für die ländlichen Arbeiterfrauen überhaupt nicht gearbeitet worden sei und von der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Lithauen und Masuren der von ihm gestellte Antrag auf Rückziehung seitens der Arbeitgeber für die letztverfloffenen vier Jahre abgelehnt worden sei. Der Verfasser des Flugblattes ist zu seinem Irrthum gelangt auf Grund eines uns vorliegenden mangelhaften Zeitungsausschnittes, der thatsächlich jene Schlussfolgerung zuläßt; es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß also von Lüge, wie Eugen Richter seinem politischen Jargon entsprechend sich geschmackvoll ausdrückt, keine Rede sein kann, sondern der Verfasser des Flugblattes das Opfer eines Irrthums geworden, der hiermit beseitigt ist.

**Berliner Fleischpreise.** Nach den Ermittlungen der Direktion der städtischen Markthallen über die Fleischpreise war im Dezember 1898 (bezw. 1897, 1896, 1895) im Markthallen-Kleinhandel der Durchschnittspreis (in Pfennig, berechnet aus den höchsten und niedrigsten Preisen aller Detailhallen) pro Pfund Rindfleisch: Filet 101 (103, 99, 97), Keule, Oberhälle oder Schwanzstück 72 (70, 69, 70), Brust 64 (63, 61, 62), Bauch 56 (56, 54, 54); Kalbfleisch: Keule oder Rücken 76 (76, 74, 74), Brust 67 (66, 64, 65), Schulterblatt oder Bauch 61 (61, 57, 57); Hammelfleisch: Keule oder Rücken 70 (69, 67, 68), Brust oder Bauch 60 (58, 57, 58); Schweinefleisch: Rücken oder Rippespeer 80 (80, 74, 76), Schinken 69 (69, 62, 64), Schulterblatt oder Bauch 65 (65, 57, 58); Speck 75 (75, 69, 72); geräucherter Schinken 106 (106, 97, 100), ausgeschmitten 145 (142, 139, 141); Schweinefleisch 57 (59, 56, 62). Aus den jetzt bis Ende 1898 veröffentlichten Monatsdurchschnitten ergibt sich für das ganze Jahr 1898 (bezw. 1897, 1896, 1895) als Durchschnittspreis pro Pfund Rindfleisch: Filet 102 (100, 99, 99), Keule, Oberhälle oder Schwanzstück 71 (70, 69, 70), Brust 63 (62, 61, 63), Bauch 55 (55, 54, 55); Kalbfleisch: Keule oder Rücken 76 (76, 74, 73), Brust 66 (65, 64, 65), Schulterblatt oder Bauch 60 (58, 57, 58); Hammelfleisch: Keule oder Rücken 70 (69, 67, 67), Brust oder Bauch 59 (58, 57, 57); Schweinefleisch: Rücken oder Rippespeer 80 (77, 74, 75), Schinken 68 (65, 62, 64), Schulterblatt oder Bauch 64 (60, 56, 59); Speck 75 (71, 70, 73); geräucherter Schinken 105 (99, 98, 103), ausgeschmitten 143 (140, 140, 142); Schweinefleisch 57 (57, 58, 64). Der Durchschnittspreis war 1898 meist höher, vereinzelt ebenso hoch, nirgends niedriger als der von 1897. Geht man bis 1896 und 1895 zurück, so zeigen

fast sämtliche Preise eine Steigerung, die meist 1896, vereinzelt bereits 1895 begonnen hat. (Nur der Preis des Schweinefleischs ist von 1893—97 erheblich gefallen, 1898 aber steiler geblieben). Die Erhöhung ist am bedeutendsten beim Schweinefleisch, das ja für die unbemittelte Bevölkerung in erster Linie in Betracht kommt. 1898 übertraf der Preis des billigsten Schweinefleischs den Preis von 1896 um 14 pCt., den von 1895 um 8 1/2 pCt. Wie schon früher mitgeteilt wurde, ist infolge dieser Preissteigerungen der Berliner Fleischverbrauch bereits im Etatsjahr 1897/98 zurückgegangen und hat im Laufe des Jahres 1898 noch einen weiteren Rückgang gehabt. Fleischtheuerung und Brotheuerung tragen beide dazu bei, die ohnedies dürftige Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung noch mehr zu verschlechtern.

**Weiteres in erster Sache.** In der „Deutschen Tageszeitung“ steht folgendes zu lesen: „Die Sammlungen für die Angehörigen der im Löbtauer Prozeß Verurtheilten haben in Berlin bis jetzt nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Man glaubte in leitenden sozialdemokratischen Kreisen, daß die „Arbeitergroßen“ im Umfichen zu ungeahnter Höhe anwachsen würden, und muß nun erleben, wie in zahlreichen Werkstätten mehr als die Hälfte der Arbeiter sich von der Sammlung ausschließen, wenigstens soweit sie mit einer gewissen demonstrativen Deffektivität betrieben wird. Es hat also ganz den Anschein, als ob das strenge, aber gerechte Urtheil den „Genossen“ trotz aller Wutausbrüche doch einen kleinen Dämpfer aufgesetzt habe.“

Wir wollen kein Wort darüber verlieren, daß die „Deutsche Tageszeitung“ hier von ihrer historischen Pflicht, dem „Kladderadatsch“ vorzuarbeiten, abweicht und in eine Sache hineinpatirt, die sich unmöglich für ein Bigblatt eignet. Nur sollte ihr Talent zur Sansurerei sich nicht so weit erstrecken dürfen, daß darob die ihr nun einmal anvertraute Wahrung der agrarischen Interessen Schaden leidet. Denn wenn die 37 000 M., die die Arbeiter in 14 Tagen für die Angehörigen der in Dresden Verurtheilten aufgebracht haben, von dem Wünderblatt als ein Pappentheil hingestellt werden, der die leitenden sozialdemokratischen Kreise enttäuscht habe, dann müssen die ostelbischen Landarbeiter, die davon erfahren, ja große Augen machen. Keine zehn Pferde werden im Stande sein, die Agrarflaben vom Bezugs nach einem Orte abzuhalten, wo die Proletarier so im Wohlleben schwelgen, daß man derartige, für einen Arbeiter geradezu unfahbare Summe als gar nicht der Rede werth bezeichnen.

**Ueber das Ansehen des Rechtsanwalts-Standes** lauschen von Zeit zu Zeit Betrachtungen in der Presse auf. Kamentlich auf antikemittler Seite ergeht man sich darin, aus einzelnen Angehörigen verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen und die begangenen Verfehlungen unbedenken auf das Konto des Jubentums zu schieben. Das ist gewiß lächerlich. Wie sehr aber bestimmte Rechtsanwälte ohne Noth ihr Ansehen mindern, zeigt ein Vorfall, dessen Feil, nebenbei bemerkt, ein Vertheidiger mit rein arischem Namen ist. In einer an sich ganz belanglosen Privatklage völlig unpolitischer Natur glaubte dieser Rechtsanwalt politische Momente hereinziehen zu müssen, indem er in seiner schriftlichen Klageantwortung die von gegnerischer Seite vorgebrachten Zeugen durch folgende Gründe als unglaubwürdig hinzustellen suchte: „Der Zeuge Arbeiter W. gehört der Sozialdemokratie an, ist Schriftführer in einem Verein derselben und hat sich einmal wegwerfend über den Eid zu seinem Bruder Rudolf geäußert. Dergleichen gehört die Zeugin M. und ihr Ehemann der Sozialdemokratie an; letzterer ist aus der Landesliste ausgetreten, die Zeugin theilt die Gesinnung ihres Mannes und ist die treue Gehilfin desselben, da sie ebenfalls sozialistische Schriften vertheilt. Endlich theilt auch die Zeugin Amalie W. diese Gesinnung, denn sie hat den Arbeiterinnen während des Konfessionsstreites aufgehört, ist in ihre Wohnungen gegangen und hat sie zu überreden gesucht, die Arbeit niederzuliegen.“ Ein gewissenhafter Richter macht sich höchstens über den Erfinder derartiger Argumente eigene Gedanken und bleibt im Uebrigen von solchem Geschreibsel unbeeinflusst. Schlimmer ist es aber, daß das Ansehen des Rechtsanwaltsstandes im Ganzen Schaden leiden kann, wenn ein Einzelner auf solche Weise Leute mit ehrlichem Namen herabzusetzen sucht.

**Einer scharfen polizeilichen Kontrolle** werden seit einigen Tagen die sogenannten „Unimir-Chantants“ unterworfen. Es wird streng darauf gesehen, daß pünktlich um 11 Uhr Schluss erfolgt und unter keinen Umständen nachgeschneit wird. Das Chantant „Marine-Panorama“, dessen Leistung der verurtheilte Gastwirth Burk hatte, wird am 25. März seine Pforten schließen.

**Der Petroleum-Lagerhof** gegenüber dem Südbufer ist von den Allgemeinen Elektrizitätswerken zum Bau eines neuen Werkes angekauft worden. Da das große Werk nicht auf einmal geräumt werden kann, wird ein Theil demnächst, der andere vielleicht erst im nächsten Jahre freigegeben werden.

**Eine Sprengung an der alten Mökerbrücke**, die durch eine neue ersetzt werden soll, wurde gestern Mittag 12 Uhr durch ein Kommando der 3. Kompanie des Garde-Pionier-Bataillons mit bestem Erfolg ausgeführt. Während der Vorarbeiten und der Sprengung wurde nur die Rothbrücke für Fußgänger, für Fußgänger nur während der abschließenden letzten Arbeit, von Schuttmannern gesperrt. Den nicht bekannt gewordenen Vorgang beobachtete nur wenig Publikum von den Ufern aus.

**Die Nachforschungen** nach dem Handlungs-kommiss Billig Lange unterlagenen 40 000 Mark sind bisher erfolglos geblieben. Der jugendliche Verbrecher, der nach einem festen Plane handelt, bricht sein Stillsitzgewein nicht. Inzwischen hat die Kriminalpolizei die Mädchen ermittelt, mit denen Lange nach der Unterschlagung des Geldes verkehrt hat. Er hat ihnen gegenüber keinerlei ansehende Freigebigkeit bewiesen. Ueber den Verbleib des Geldes wissen sie nichts zu bekunden. Die Hartnäckigkeit, mit der L. über den Verbleib des Geldes schweigt, ist nun so bemerkenswerth, als man ihm klar gemacht hat, daß er seines Randes kaum werde froh werden; denn das müßte er doch wohl einsehen, daß man ihn von der Seilbahn an, da er nach verbüßter Strafe den Fuß aus dem Gefängniß setzt, auf Schritt und Tritt verfolgen werde.

**Das Beispiel des kanakischen Willi Lange** hat schon Nachahmung gefunden. Der 20jährige Buchhalter Emil Lenths, der in einem Baugeschäft angestellt war, wurde am Sonnabend Nachmittags zu einem Maurermeister in der Blücherstraße geschickt, um dort die Summe von 2500 M. abzuheben. Als er mit dem Gelde nicht zurückkehrte, wurde Nachfrage gehalten und ermittelt, daß er es abgehoben hatte. Seitdem hat er nichts von sich hören lassen. Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Verschwindenden, der bald in der Weieranstraße bei der Mutter wohnte, bald sich auch bei dem Vater in der Schönhauser Allee aufhielt, sind bisher ergebnislos verlaufen. Lenths dürfte sich umherstreifen, wie es Lange gemacht hat. Er ist dick und infolge einer überstandenen Krankheit von kränklichem Aussehen, von schmächziger Gestalt, dunkelblond und kurzfrichtig.

**Von einem Hunde** wurde am Sonnabend Nachmittags an der Friedrichsbrücke ein 5jähriger Knabe gerettet, welcher an der Landungs-treppe der Burgstraße spielte. Der Kleine, der Sohn eines in der Spandauerstraße wohnenden Schneidermeisters F., verlor dabei das Gleichgewicht, fiel in die Spree und verschwand sofort in den Fluthen. Ein Herr, der mit einer deutschen Dogge vorüberging, hatte den Unfall mit angesehen, und auf den Ruf seines Herrn sprang das Thier in den Strom, erfaßte den wieder auftauchenden Knaben mit den Zähnen und hielt ihn so lange, bis von der Brücke die Wesiger der vor Anker liegenden Obstkisten mit einem Boot herankamen und das Kind aus dem Wasser zogen.

**Zusammenstoß auf der Straßenbahn.** An der Köpenicker Brücke erfolgte Sonntag Abend ein Zusammenstoß von zwei elektrischen Straßenbahnwagen, wobei dem einen Wagen der Vorder-taum beschädigt und mehrere Fahrgäste durch Glassplitter verletzt wurden. Mittags um 12 Uhr war am Brandenburger Thor zwischen

einem elektrischen Straßenbahnwagen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn und einem Pferdebahnwagen ein Zusammenstoß vorgekommen, wobei ebenfalls mehrere Fahrgäste verletzt wurden. Die Wagen waren zum Glück sämmtlich schwach besetzt.

**Wir werden** darauf aufmerksam gemacht, daß zu dem Maslenshall, den der Hübische Gefangenenverein am 11. März in den Germania-Sälen, Chausseestraße, veranstaltet, in Arbeiterkreisen Billets vertrieben werden. Das genannte Lokal ist gesperrt.

**Das Befinden der in der Meherstraße verunglückten Feuerwehrlente** ist nach den neuesten dienstlichen Depeschen zufriedenstellend, obgleich bei dem im Krankenhaus befindlichen Brandmeister Baumann und dem Feuermann Gowitz noch keineswegs ernstliche Gefahr für Beseitigt gilt. Brandmeister Baumann lag bis Sonntag Mittag fieberfrei, doch stellten sich später erhebliche Fiebererscheinungen ein. Er leidet an schmerzhaften Brandwunden an Händen, Beinen, im Gesicht und am Gesäß. Oberfeuermann Hantle, der stark an Rauchvergiftung erkrankte, befindet sich außer Gefahr.

**Von der Eisenbahn** wurde das 10 Jahre alte Fräulein Emma Dieck, die Tochter eines Grundbesizers in Ugenau überfahren. Auf einer Besuchsreise benutzte das junge Mädchen den Zug, der um 10 Uhr 58 Minuten aus Dresden in Berlin eintrifft. In Döbritz wollte es aussteigen, und in dem Eifer, die Abtheilung rechtzeitig zu verlassen, stieg Fräulein D. aus dem Wagen, bevor der Zug hielt. Die junge Dame kam zu Fall, und die Räder gingen ihr über beide Beine. Die Schwerverwundete wurde sogleich wieder nach Berlin gebracht und nach der Klinik in der Ziegelstraße übergeführt.

**Wasserfall auf der Bühne.** Mit einem eigenartigen „Anallekt“ erubete am Sonnabend Abend die Erstaufführung der parodistischen Posse „Fruemann Henschel“ im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Im 5. Akt („Pesten“) ist auf der Bühne die Manege des Jirkus Busch nachgebildet in Gestalt eines mächtigen mit Wasser gefüllten Glasbassins. Nachdem nun die Zobaide auf ihrer Flucht ins Wasser gesprungen war, unternahm auch der Härtst Kantschuhkopf den unfreiwilligen Sprung in die wässrige Tiefe. Bei seinen Versuchen, sich zu retten, gab es plötzlich einen Knall — er war der Glaswandung zu nahe gekommen, hatte diese eingedrückt — und mit rauschendem Geräusch ergossen sich die Fluthen über die Bühne. Das tiefstehende Orchester sowie die Souffleuse wurden von dem herabstürzenden Wasser natürlich vollständig überschwemmt und mußten sich durch schellenartige Flucht in Sicherheit bringen.

**Ein Opfer des Koalkorbes.** Sonntag Vormittag wurde auf dem Neubau Ullrichstr. 6 der 45 Jahre alte Baumwächter August Schuster nebst seinem Hunde todt aufgefunden. Er hatte in dem ihm zum Aufenthalte angewiesenen Zimmer in einem Heizkorbe ein Koalkorbes entzündet und ist in dem Dunste erstickt.

**Am 14. Beobachtungsbände** des Vereins von Fremden der Trepow-Sternwarte hielt der Direktor der Königl. Sternwarte Herr Geheimrath Professor Dr. Förster einen Vortrag über die älteste Geschichte der Astronomie. Der Vortragende zeigte, mit welchem Fleiß und welcher Ausdauer die Chaldäer, die herrschende Priesterkaste im alten Babylon, Beobachtungen langer Zeiträume aufzeichneten und ordneten. Dadurch bekamen diese ältesten Beobachter unter anderen werthvollen Kenntnissen über Mond- und Sonnenfinsternisse schon einen Begriff von der Kugelgestalt der Erde. Die sonst kaum begrifflichen Fortschritte und Entdeckungen auf dem Gebiete der Himmelskunde, welche die griechischen Gelehrten in Alexandria veröffentlichten, haben jedenfalls ihren Ursprung in dieser ältesten und gewaltigsten Zentral-menschlichen Geistesthätigkeit. Die zahlreich versammelten Mitglieder des Vereins spendeten dem Vortragenden für die feisenden und lehrreichen Ausführungen lebhaften Dank. Die reichen Darbietungen des Vereins haben bewirkt, daß die Mitgliederzahl schon auf 210 gestiegen ist. Der Vereinsbeitrag beträgt jährlich 10 M. Anmeldungen nimmt die Direktion der Trepow-Sternwarte und der Schatzmeister des Vereins Herr Rentier Model, Berlin W., Ziergartenstr. 6b entgegen.

**Feuerbericht.** In großer Lebensgefahr schwebte in der Nacht zum Sonntag das Dienstmädchen des Kaufmanns Sohn, Waller-Theaterstr. 5. Es hatte Wäsche zusammen gelegt und war durch einen noch nicht aufgeklärten Zufall dieselbe in Brand gerathen, ohne daß das Mädchen etwas davon bemerkte. Es schlief ein und wäre sicher durch den erzeugten Qualm erstickt, wenn man nicht noch rechtzeitig auf das Feuer aufmerksam geworden wäre. Kleine Alexanderstraße 22 hatte sich Nachmittags in der Kantine des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 Benzin entzündet, wobei verschiedener Hausrath eingeschleht wurde. — Abends war Brunnenstr. 128 ein Zimmerbrand abzulösen. — Gegen Mitternacht wurde die Feuerwehrt nach Dresdenstr. 77 gerufen, wo im rechten Seitenflügel ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Rüst Schlauchleitungen mußten längere Zeit Wasser geben, ehe das Feuer zum Stehen gebracht wurde. Ein großer Theil der Dachkonstruktion wurde zerstört.

### Aus den Nachbarorten.

**In Ober-Schöne-weide** referirt am Mittwoch Abend 7 Uhr Reichstags-Tag. S. a. h. e. im Lokal von Pasterland über die Thätigkeit des Reichstags. Als weiterer Gegenstand steht auf der Tagesordnung: „Der Kampf gegen den inneren Feind in Ober-Schöne-weide“.

**Groß-Lichterfelde.** Freitag, den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale des Vogel'schen Restaurants, Chausseestraße, eine Versammlung statt, in der Gesellschafter Rosenow über: „Die sozialen Zustände im Deutschen Reich“ sprechen wird.  
Der Vertrauensmann.

**Rixdorf.** Die Gemeindevertretung erledigte in ihrer gestrigen außerordentlichen Sitzung eine größere Anzahl von Anträgen auf Nichtigstellung der Wählerliste für die Stadtverordneten-Wahlen. Sämmtlichen Anträgen auf Aufnahme in die Liste, die fast ausschließlich von Arbeitern ausgingen, wurde stattgegeben. Drei Personen wurden gestrichen, weil sie noch nicht die preussische Staatsbürgerigkeit erlangt haben. Gemeinde-Vorsteher Voddin verlas dann eine Verfügung des Regierungspräsidenten, worin sich dieser mit den hinsichtlich der Stadtverordneten-Wahlen getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt, insbesondere mit der Eintheilung der Wahlbezirke zc. Der Regierungspräsident bestimmt ferner, daß

### die Stadtverordneten-Wahlen am 15., 16. und 17. März zu erfolgen haben.

Die III. Abtheilung hat zu wählen am 15. März in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags, die II. Abtheilung am 16. März in den gleichen Stunden und die I. Abtheilung am 17. März.

Am die Wahlperioden am Schlus des Jahres ablaufen zu lassen, wird der Ablauf der ersten Wahlperiode auf den 31. Dezember 1904 festgesetzt. Am 31. Dezember 1900 scheidet das erste Drittel und am 31. Dezember 1892 das zweite Drittel der Stadtverordneten aus. In diesen beiden Fällen entscheidet das Loos. Mit der Eröffnung der ersten Sitzung der neuen Stadtverordneten-Versammlung will der Regierungspräsident den Landrath betrauen.

Nach Erledigung einiger Angelegenheiten ohne öffentliches Interesse bringt Herr Voddin die für die neue Stadt bedeutungsvolle Deamtenfrage zur Sprache. Um die Stadt vor einer üblen Lage zu bewahren, schlägt er vor, diejenigen Bureau-Angestellten zum 1. April zu kündigen, die sich in den ersten Jahren ihrer Ausbildung befanden und von denen man nicht sagen könne, daß sie für die Anstellung reif seien. Der Herr Gemeindevorsteher betonte dabei, daß die Kündigung keine ersten Folgen für die Betroffenen haben solle. Der Stadtgemeinde möge es vorbehalten bleiben, die Beamten-Verhältnisse auf Grund der Städte-Ordnung durch ein Ortsstatut zu regeln und durch das Statut jenen Personen ihr Verbleiben in der Verwaltung zweck



# Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 • *Versand-Abteilung Proben u. Preislisten portofrei.* • Rosenthalerstr. 27/29, 54/55 • Oranienstr. 53/54

## Glas

## Steingut

Geschliffene Wassergläser



15 u. 14 Pf.



Biertulpen

Krystall gemustert

28 Pf.

Bierkrüge

mit Zinndeckel

85 Pf.



Kaffeetassen

Rosennmuster

20 Pf.



Kaffeekannen

Rosennmuster

8 Gr. 1,05, 90, 75 Pf.



Geschliffener Tafel-Aufsatz mit Vase

3,50 M.

Für Geschäfte: **Standgläser** mit geschliffen. Inhalt ca. 1 2 3 4 5 Liter  
Deckelknopf, 85 Pf. 1,25 1,75 2,30 2,85 M.



Kompott-Teller 5 Pf.



Geschliffene Käseglocken 1,35 M.

Butterdosen

bunt mit Gold

75 Pf.

Waschgarnituren

dekoriert, 5 Teile

1,50, 3,75, 5,25, 8,25,

Englisches Fabrikat

7,75, 10 M.

Kompottschalen

in 6 Grössen 50, 85, 98, 90, 14, 8 Pf.

Kompottschalen

Zwiebelmuster blau u. weiss

Satz 6 Stück 1,50 M.

## Porzellan

Tassen

bunt dekoriert 25 Pf.



Tassen

mit Goldband 17 Pf.



Kaffeervices

verschiedene Formen, 9 Teile für 6 Personen M. 4,50 2,85 M. für 2 Pers. 1,75 M.

Eierbecher

weiss mit Goldrand 12 u. 5 Pf.

mit Streublumen 8 Pf., 4 Pf. weiss

Dessertteller

bunt, 20 Pf.

Kindertassen

bunt 10 Pf.

Kuchenteller

bunt mit Gold 48 Pf.

Eiermenagen

mit Goldrand,

für 4 Stück 48, für 2 Stück 28 Pf.

Kompottschalen

bunt 15 Pf.

Kaffebecher

bunt 18 u. 12 Pf.

Butterdosen

bunt 45 Pf.

Remontoir-Taschen-Uhren

Damen-Uhren

Stahlgehäuse 6,50 M.

Silbergehäuse 11,50 M.

Goldgehäuse 18,50 M.

Herren-Uhren

Stahlgehäuse 6 M.

Silbergehäuse 10,50 M.



So lange der Vorrat reicht:  
**Steingut-Tafelservice** für 6 Personen **6,50 M.**  
buntes Blumenmuster mit reicher Goldverzierung

Milchtöpfe

mit bunten Blumen, grosse Form

25 Pf.

Satztöpfe

mit bunten Blumen, 6 Stück

95 Pf.

Fett-Seife

5 Stück im Packet 60 Pf.

Familien-Fettseife

12 Stück im Karton 1,10 M.

Oberschal-Seife

Stück 15 Pf.

Coniferengeist,

Kiefernadelduft 65 Pf.

Eucalyptus

Mundwasser 1,25 M.

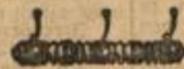
Bohnerwachs 60 Pf.

Bambus-Etagère

mit 2 Tellern blau bemalt 95 Pf.



Kleiderriegel



mit 3 Haken 42 Pf.

Marktkörbe

mit 2 Deckeln 1,60 u. 1,25 M.



Küchen-Handtuchhalter

eichen lackiert 2,50 M.



Runde Salontische

engl. Form 2,50 M.



## Wirtschafts-Artikel

Kaffeebretter

Eiche, mit poliertem Rande in 4 Grössen 8,40, 2,80, 2,40, 2 M.

Tablettes

mit Blech-Einlage 75 Pf.

Plätteisen

in 4 Grössen 2,20, 2,10, 2 M. 1,90 M.



Wirtschafts-Waagen



mit emailierter Skala

8,85, 2,75 M.

Schneeschlag-Maschinen

28 Pf.

Brittania Alpaca  
Theelöffel 5 18 Pf.  
Esslöffel 10 33 Pf.



Emaillie-Eimer

mit Deckel, bunt dekoriert, verschiedene Muster, 2,25 M.

Haarbesen 75, 95 Pf., 1,25 M.  
Handfeiger 45, 50, 55 Pf.

Reibe-maschinen



fein u. grob reibend, 1,75, „Express“ 1,25 M.

Brottdosen



in 3 Grössen 8,25, 2/0, 2 M.

Teppich-Kehrmaschine



11 M., 9 M. 7,50 M.

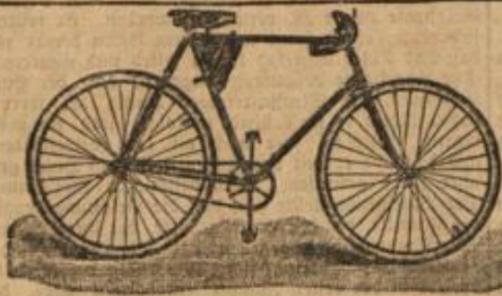
Briefkasten

in 3 Grössen 85, 65, 42 Pf.



# Fahrräder

mit einjähriger Garantie.



„Waverley“, amerikanisches Herren-Fahrrad, Gewicht ca. 11 1/2 Ko., Räder 27 1/2“, mit Blockkette, Holzfelgen und selbstthätiger Hinterrad-Bremse . . .

„Waverley“, amerikanisches Damen-Fahrrad, Gewicht ca. 15 Ko., Räder 28 1/2“, mit Kettenschutz, Kleiderschutz und Schmutzfänger . . .

„Gigant“, deutsches Fabrikat, elegant gebaut, Herrenrad . . .  
Damenrad mit Ketten und Kleiderschutz

165 M.

190 M.

Sämtliche Fahrrad-Utensilien. Reparatur-Werkstatt.

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:
Eberhart (gem. Chor) 3,50. Tellerammlung der öffentl. Beseh. der Gimmerey in Reiter's Hofkäfen v. 24. Februar 22,75. Von den Tapezierern von Conrad Trund, Kronenstr. 38 11,55. Am Stammtisch der Arbeiter 4,50. B. S. in Budau 1.—. Zentralverband der Töpfer, Fil. Berlin 50.—. Quosquus tandem pruniflos gef. im Rulmbacher, Schärnstraße 10,20. Steinseger und Verlagsb. d. Firma Jöller, Wolfers u. Riege 8,25. Verband d. Bau- u. Erdarbeiter Nitzdorfs 20.—. Waidenböll v. „Zimmer lustig u. süßel“ 3.—. Gesammelt im Celler. Gemälde Keller an der Spree, Charlottenburg 3,10. W. J. G. R. 2.—. Zweite Rate der Vogelischen Hinzlischer 2,50. Buchdruckerlei Oldenburg 2,25. Organisirte Arbeiter der Tischlerfabrik Fischer u. Richter 5,50. Mehrere aus Vobbiel's Reich durch B. 10.—. Ordre-kranke der Buchdrucker, 3. Rate 2,75. Tischlerei Freitag u. Zimmerlein.

Beuthstr. 4, 6.—. Buchdruckerlei D. weh! 3,00. Einführer 29, 6.—. Gesammelt von den Arbeitern der Werkstatt von Jüwener, Lindenstraße Nr. 45, mit Ausnahme einiger „Fofal-Angeliger“ Anhängern 4,80. Von den Steinmetzen und Steinbildhauern Werkplatz Rigal 7.—. Veronal v. Paul Schall, Reanderstr. 16, mit Ausschluß des Lichtdruck-Photographen 5,50. Von den organisirten Buchbindern von Pittner u. Hoken 3,50. Jugendabtheilung des Schulamts „Vorwärts“ 3.—. G. Jabobi 1.—. Tischlerei A. Stabenow, Bülowstr. 5,20. Tischlerei von Wolf, Andreasstr. 38 2.—. Buchdruckerlei Billig Nachfolger 8,20. Schlesi'sche Schlosser aus der Oranienstraße 3.—. Von den Arbeitern der Schraubenfabrik Schulze, Rittenwalderstraße 14,10. Buchdruckerlei W.-straße 16 durch Gerloff 4,50. Gel. in der Automatenfabrik von C. F. Schulze u. Co. Schindlerstraße, 12,00. Gesammelt in der Kofferfabrik Einbrodt u. Kals 4,70. 6 Willstätter bei Berger u. Colani 4.—. Ein Platoner 6.—. J. Wallraf, London 10.—. Buchdruckerlei C. Gedon dorf 7,45. Drechslerlei von G. Dredow, Schopenhauer Allee 187 a 6.—. Summa 291.— Mark.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
S. 43. Ein Kursus zum Erlernen der Gebärdensprache kommt in der Charite im Ganzen auf etwa 300 Mark zu stehen.
Rubahn. Emalte-Geschirr läßt sich nur mit lauwarmem Sodawasser reinigen.
Germer. Ihre Zuschrift haben wir erhalten, aber nicht verwendet weil wir über den Nachdruck des Stiefels keine Information erhielten. Die Meldung von der Beendigung wurde deshalb unterlassen.
S. 100. Klein. — S. 100. 1. Es kommt darauf an, ob eine Unterbrechung der Verjährung erfolgt ist. 2. Ja, aber die Staatsanwaltschaft kann unterbrechen. 3. Nein. — S. 103. Wird ausgenommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 28. Februar.
Cernhaus. Umbau. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielsaal. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Heimathlosen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Recht auf sich selbst. Dierauf: Herbst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichs. Der Schlafwagen. Kantatzen. Vorder: Zum Umkleider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Pflicht. Anf. 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Nischen. Dierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Dornenweg. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Forenzy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Sturgh und Ordorcan. Musik von G. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittags zu halben Preisen: Der Vogelhändler. Lucia Engelke als Gast.

Metropol-Theater.
Bühnenstr. 55/57. Hr. Rich. Schultz.
Freitag:
Die kleinen Nischen's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Dierauf:
Die Engeldjäger.
Tanzpaar in 14 Bildern von D. Regel und J. Bayer.

Quarg's Spezialitäten-Theater
Im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Genie Dienstag (Ultimo)
BENEFIZ
für den Kapellmeister
Richard Köhler
und den Regisseur
Fredy Ajatla.
Einmaliges Gastspiel von
Clara Antonie!
Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: Die Erdmetalle. (Experimental-Chemie VIII.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Gedöfnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Son 6 1/2 Uhr ab:
Théâtre varié.
Gente Schluff des Februar-Programms.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch. „Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Apollo-Theater.
Mlle. Leo de Bacha
Brothers Braatz
Mr. Segommer - Alexias
Thibault-Tauffenberger
Henry Bender
und 16 hervorragende Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater u. beim „Kunstverdanke“, Unter den Linden 69.

Mähr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
X-Strahlen.
Schwank in 1 Akt.
Der Zigarren-Baron.
Schwank mit Gesang.
Mr. Berno, Servaundlungsgelehrer.
Bonds haben Gültigkeit.
Sonntags Anfang 6 Uhr.

Circus Rens-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hott.
Täglich:
Grosses Konzert
unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des bescheidenen Humoristen Gustav Kluck.
Stets reichhaltiges Programm.

Circus Busch
Dienstag, 28. Februar 1899:
Elite-Abend.
Zum 106. Male:
PERSIEN.
Aukerbur: Der deutsche Wairose im Schiffbruch, dargestellt von Hr. Weiss. Die 4 Fischbengel u. s. w.
Traumprinz von Direktor Busch.
Polo à bicyclette.
Aufstreifen der deutschen Kunstturner Sandor Trio.
In der Tanzhalle: Quadrille, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schupferden. Aufstreifen der vorzüglichsten Klowns und Kunstgelehrten der Gesellschaft mit ihren neuen Späßen.
Morgen, Mittwoch, den 1. März, Abends 7 1/2 Uhr: Persten.

Masken-Garderobe
gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt
Stenzel, Rottbuser Damm 8.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das durchweg neue
Große März-Programm
Nur altererthe
Kunst-Spezialitäten!
Neu! Neu!
Berliner Wajhermadel.
Gelang-Burleske
von Bill. Geride.
Freibolin Pieste: Dir. Winkler.
Sonabend, den 4. März:
Großes
Bockbier-Jubelfest.
Extra-Vorstellung.
Tanz und Gratt-Berlesung.
Anfang 7 1/2, Entree 50 Pf.
Billet-Verb. Form. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Markthalle VII
ober: Ein Kostümfest.
Kassationsposse mit Gesang
von Oskar Victor-Röder.
Jeden Abend unter härmlichem Beifall:
Carl Jörgensen,
der beste Mimiker der Zeitgeit.
„Bismarck vom Jüngling bis zum Greise.“
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Eufspiel von Brife-Barre.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree: Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillet haben Gültigkeit.

Jmbs' Festsäle
(Ostbahn-Park)
71 Rüdendorfer Straße 71,
am Rühriner Wag.
Jeden Dienstag:
Korddeutsche Sänger
Herrn Gime, Cahnbay, Zimmermann,
Stangenberg, Grubow und Ranks.
Nachher: 1455b
Frei-Tanzkränzchen.

W. Noack's Theater
Brannenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Die Hoje von Badarad.
Vollschauspiel mit Gesang in 4 Akten
von Th. Bahmann.
Nach der
Vorstellung: Tanzkränzchen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krüger, Wassertorstrasse 69:
Bezirk Süden
Vertrauensmänner - Versammlung.
Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstr. 21:
Branchen-Versammlung der Drechsler.
Tagesordnung:
1. Die letzten Werkstatt-Streiks und ihre Erfolge, und wie gedenken wir ferner vorzugehen? 2. Unsere Stellung zur Zwangsämmlung. Referent: Kollege A. Mohs. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 78/9

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Am Mittwoch, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstraße 180:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die Arbeiterbewegung früher und jetzt.“ 2. Diskussion. 3. Renwahl der Bezirksleitung für den Süd-Ost.
Die Ortsverwaltung. 110/16

Achtung! Zimmerer Achtung!
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:
Außerordentliche Versammlung
der Zahlstellen des Verbandes der Zimmerer von Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichshagen, Weissensee und Pantow.
Tagesordnung: 1. Beratung des vom Vorstand aufgearbeiteten Entwurfs, betreffend die mit dem Arbeitgeberbunde zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Verschiedenes.
Die oben betonte Tagesordnung ist für jeden Zimmerer von besonderer Wichtigkeit und muß daher jeder in dieser Versammlung anwesend sein. (254/11)
Der Vorstand.
B. Günzel, Lothringerstr. 52.
Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Kaffee, Wein etc. in Vögarten, Weisen, Korb, Broden, Knöpfen, Bähnen, Wildern u. dgl., sowie rebe Drehschleifens u. dgl. (Ran verl. Preisrestaurant.)
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Theilzahl wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wienel. Victor, Britton, Siebel, Krone, Blah, Schneider und Schrader.)
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillet 15 Pf.

Frauen-Emanzipation
Burleske von Wiesel.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Nam. Balken 75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk.
Tageskasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's
Quartett-Humoristen
Zum Schluß:
Theaterskandal.

Moabiter
Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Pass-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Sozialdemokratischer
Wahlverein f. den 4. Berliner
Reichstags-Wahlkreis.
(Süd-Ost.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der Genosse Kähler
August Völker
nach langem Leiden am 25. d. M. an
der Prostatierkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 28. d. M., Nachm. 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes in Britz statt.
Um rege Theilnahme ersucht
2426
Der Vorstand.
Statt besonderer Nachricht!
Hiermit allen Freunden und Be-
kannten die traurige Nachricht, daß
mein lieber Mann, der Tischlermeister
August Völker
am 25. d. M., Nachm. 1 Uhr, nach
langem, bitterem Leiden sanft ent-
schlafen ist. — Die Beerdigung findet
Dienstag, den 28., Nachm. 4 Uhr, von
der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus
statt. Die trauernde Wittwe.
Frau Lina Völker, geb. Blak.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Tischler etc.
Centrale Verwaltung Berlin N.
Todes-Anzeige.
Am 25. d. M. verschied das Mitglied
unserer Kasse, der Tischler
August Völker
im Alter von 38 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um rege Theilnahme ersucht
154/5
Die Ortsverwaltung.
Unterstützungsverein aller in der
Gutbrunde beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.
(Filliale Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied 13746
Rud. Orfanow
am 25. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 28. Febr.,
Nachm. 3 Uhr, auf dem Weichmanns-
Kirchhof in Rieder-Schönhausen statt.
Treffpunkt 1 Uhr: Trauerhaus Dinter-
straße 73. — Um rege Theilnahme
ersucht
Der Vorstand.

Wedding-Park
Haller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Jeden Sonntag:
Frauen-Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillet 15 Pf.

Blumenhandlung
P. Abromelt, S. in SW.,
Hückerstr. 7. Eing. Bohrerstr.
Kränze, Bouquets, Topf-
gewächse, Gairlanden etc.
Billigste (Markthallen-) Preise
bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderlei u. Blumen-
handlung von 5780\*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ball-
kränzen, Bouquets etc. werden sehr
geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Die beste Cigare
kaufen Sie bei
Bianeböse, Zöllingerstr. 35.
Bereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein Reich. u. Dairisch-
Vierlokal nebst franz. Billard und
Bierzimmer für 40-50 Per-
sonen, auch geeignet für Festlichkeiten.
Kommandantenstr. 65.
G. Ladewig, nahe Alte Johannisstraße.

Wedding-Park,
Rüsterstr. 178.
1. Oberlieferung Saal frei gemowder,
an Vereine zu vergeben.
Für 30 Mark
festige hochfeine Anzüge nach Maß, für
30 Mark festige feine Sommer-Paletots
nach Maß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. 1 (kein Laden).

Orts-Krankenkasse für das
Gewerbe der Tischler und
Pianosorte-Arbeiter zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
die von der Generalversammlung am
17. 11. 98 beschlossene zweite Ab-
änderung des Statuts, welche lautet:
§ 55 des Statuts erhält nach
Biffer 10 folgenden Inhalt:
„Biffer 11. Beschlüsse über Er-
werb, Veräußerung und Belastung
von Grundbesitz, sowie über eine
hierdurch bedingte Aufnahme von
Darlehen vom Bezirksausschuß ge-
nehmigt ist.
135/55
Der Vorstand.

Maskenball.
Schuhe und Stiefel werden über-
liehen Sorauerstr. 25. (641)\*
GENERAL-Fundebureau,
Charlottenstr. 93.

